

AUFTRAG

ISSN 1866-0843

01.2020 | Heft 305

**Verbandszeitschrift
der Gemeinschaft
Katholischer Soldaten
(GKS)**

KRIEG & FRIEDEN

Leitthema

**Von keiner Armee
zur Einsatzarmee**

Prof. Winfried Heinemann

S. 16

**„Europäer setzen heute
mehr auf militärische
Stärke als auf Diplomatie“**

Matthias Platzeck

S. 14

SAVE THE



HANDELN braucht Ordnung? *Soldat in einer neuen Welt!*

GKS-Akademie Oberst Helmut Korn

Datum: 20.09.2020 | 12:30 Uhr bis 23.09.2020 | 12:00 Uhr

Ort: Tagungs- und Exerzitenhaus Himmelspforten, Würzburg

Themen:

FRIEDENSETHIK –

Handeln für den Frieden, aber wie, wann und warum?

KATHOLISCHE SOZIALLEHRE –

Hilfreicher Ordnungsrahmen auch in einer säkularen Welt?

INNERE FÜHRUNG –

Ihr Menschenbild als Handlungs- und Entscheidungsgrundlage

STAATSBÜRGER IN UNIFORM –

Soldat in Staat und Gesellschaft

**ANMELDUNG und weitere Einzelheiten:
Ab April 2020 unter
www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de**

DATE

Editorial

„Auslandseinsätze der Bundeswehr sind immer häufiger mit Kriegseinsätzen gleichzusetzen“



Gerd Fridrich
Oberstleutnant
Stellvertretender Bundesvorsitzender

KRIEG UND FRIEDEN – die erste Assoziation zum Titelthema des AUFTRAGS ist wahrscheinlich der gleichnamige Roman von Leo Tolstoi mit seiner spannenden Frage:

Welche Macht bewegt eine Nation?

Während früher – auch noch lange nach Tolstoi – der Krieg als legitimes Mittel zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln angesehen wurde, ist der Krieg in unserer heutigen Gesellschaft (fast) kein Thema mehr. Wir sind in Frieden und zunehmendem Wohlstand aufgewachsen. Kriegsrealitäten kennen wir nur aus Filmen oder aus den letzten Zeitzeugengesprächen. Für unsere Gesellschaft liegt das Thema Krieg außerhalb der Vorstellungskraft und er ist erst recht keine Option für die Umsetzung deutscher Politik auf fremdem Boden. Streitkräfte werden von der deutschen Regierung entsandt, um Menschenrechte zu schützen, um fremde Armeen auszubilden und um beim Wiederaufbau zu unterstützen. Trotz dieser stark vereinfachten Wahrnehmung, schickt die deutsche Regierung zunehmend mehr Soldatinnen und Soldaten weltweit in den Auslandseinsatz. Hierbei ist durch mich entschieden hinzuzufügen, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr immer häufiger mit Kriegseinsätzen gleichzusetzen sind, eine Tatsache, die durch die selektive Wahrnehmung der Streitkräfte in der Gesellschaft und auch in den Medien aufgrund der fehlenden

gesellschaftlichen Debatte zunehmend verloren geht. Ich habe keinen Zweifel daran, dass Auslandseinsätze und damit auch Kriegseinsätze der deutschen Streitkräfte legal sind.

Aber sind diese auch immer legitim? Sind die deutschen Einsätze militärischer Gewalt die Ultima Ratio, die absolute Ausnahme? Oder sind wir inzwischen so weit, dass der deutsche Einsatz militärischer Gewalt ein „normales“ Mittel der deutschen Politik geworden ist, nur um vermeintlich international akzeptiert zu werden?

Als Staatsbürger in Uniform dürfen wir uns bei der Macht, die unsere Nation bewegt, nicht auf die Rolle als Militärtechnokraten reduzieren lassen. Nach unserem Selbstverständnis müssen wir uns aktiv in die gesellschaftliche Diskussion einbringen und – falls notwendig – auch anstoßen – gerade bei Themen, die unangenehm oder auch mal schmerzhaft sind.

In diesem Sinne würde ich mich freuen, Sie bei unseren zahlreichen GKS-Veranstaltungen zu diesem Thema begrüßen zu dürfen, und wünsche Ihnen ein spannendes Lesevergnügen. ■

01 | 2020



LEITTHEMA

**Von keiner Armee
zur Einsatzarmee**

16

GKS-Meldungen

- 6 Vom 44. Internationalen Soldatengottesdienst
- 8 Themenwochenende des Bereichs Nord
- 9 Gespräch mit Zeitzeugin Henriette Kretz

Titelthemen

- 24 **KARFREITAGSGEFECHT**
Wendepunkt für die Truppe
- 26 **„Ich bin da, um auszuhalten“**
Interview mit Militärdekan Bernd Schaller
- 27 Bildreportage: Camp Kundus nimmt Abschied
- 34 **ALS NACH 65 JAHREN DAS ERSTE MAL
WIEDER DAS WORT KRIEG FÄLLT**
- 36 Das Wort „Krieg“ – ein Tabu in unserer Gesellschaft?
- ARABISCHE LIGA**
- 38 Trumps Nahostplan, der kein Plan ist
- 40 Zahlen und Fakten: Die Arabische Liga auf einen Blick

Weitere Rubriken

- 3 Editorial
- 10 Panorama
- 12 Wort des Geistlichen Beirats
- 32 GKS-Standpunkt
- 43 Karikatur
- 48 Buchempfehlung
- 50 Zeitgeist
- 51 Vorschau/Impressum

Gastbeitrag Matthias Platzek

„Europäer setzen heute mehr auf
militärische Stärke als auf Diplomatie“

14



Der Krieg und die Folgen

Interview zum Thema
transgenerationale Weitergabe
mit Prof. Dr. Angela Moré

30

Der Frieden als Weg der Hoffnung

Vom 44. Internationalen Soldatengottesdienst in Köln und den Ereignissen drumherum

Von Regina Bomke, Bundesgeschäftsführerin der GKS

Anfang des Jahres hat der Erzbischof von Köln, Kardinal Rainer Maria Woelki, zum Internationalen Soldatengottesdienst in den Hohen Dom zu Köln eingeladen. Er setzte damit eine Tradition fort, die bereits 1977 begann. Wenige Jahre zuvor hatten auf Anregung des damaligen Militärgeneralvikars, Dr. Martin Gritz, die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und das Apostolat Militaire International (AMI) beschlossen, die jährliche Botschaft des Papstes zum Weltfriedenstag mehr in den Mittelpunkt zu stellen. Am Anfang jeden Jahres wollte man ab jetzt Veranstaltungen und Gottesdienste unter dem Thema des jeweiligen Weltfriedenstages durchführen. Bereits 1977 feierte der damalige Erzbischof von Köln den ersten Internationalen Soldatengottesdienst mit Soldaten aus allen im Bistum Köln stationierten Nationen. Die Apostelkirche, die für diesen Gottesdienst gewählt wurde, erwies sich schon beim ersten Mal als zu klein und so zog man im Jahr darauf in den Kölner Dom um.

„Ich bin gekommen, obwohl ich kein Kirchgänger bin.“

Ungefähr 1200 Soldatinnen und Soldaten folgten in diesem Jahr der Einladung und feierten im Dom den 44. Internationalen Soldatengottesdienst aus Anlass des Weltfriedenstages unter dem Thema: Der Frieden als Weg der Hoffnung – Dialog, Versöhnung und ökologische Umkehr, jenem Thema, das Papst Franziskus für seine Botschaft zum Weltfriedenstag 2020 gewählt hat. Für einige, die zum Gottesdienst gekommen waren, war es das erste Mal. „Ich bin neugierig, was mich erwartet. Frieden ist wichtig in unserer Zeit, dafür müssen wir uns engagieren. Deshalb bin ich mitgekommen, obwohl ich eigentlich kein Kirchgänger bin“, erzählte mir ein junger Soldat. Eine Soldatin berichtete, dass sie seit vielen Jahren

Meldungen aus
der GKS

„Es ist eine große Stärkung, mit so vielen Soldatinnen und Soldaten aus verschiedenen Nationen am Anfang eines Jahres für den Frieden zu beten.“

an diesem Gottesdienst teilnahme und es für sie gerade mit Blick auf ihren Beruf wichtig sei und eine große Stärkung, mit so vielen Soldatinnen und Soldaten aus verschiedenen Nationen am Anfang eines Jahres für den Frieden zu beten. In seiner Predigt ging Kardinal Woelki insbesondere auf den Aspekt des Dialoges als Grundwerkzeug auf dem Weg des Friedens ein. In unserer von Kriegen, gewaltsamen Auseinandersetzungen, Katastrophen, Unsicherheit, Umbrüchen und Unfrieden gekennzeichneten Zeit gehe es in besonderer Weise darum, die Dialogfähigkeit zwischen den einzelnen Menschen, verschiedenen Gruppierungen, Staaten, Überzeugungen und Glaubensrichtungen zu fördern und zu stärken. Indem wir miteinander im Gespräch blieben, könnten wir im anderen den Menschen als das Abbild Gottes sehen, unseren Bruder, unsere Schwester, mit denen wir gemeinsam auf dem Weg seien, auch wenn dieser Weg nicht immer einfach und geradlinig sei.

VOR DEM DOM: Demo gegen den Internationalen Soldatengottesdienst

Draußen vor der Tür war sodann gleich Gelegenheit zum Dialog über Meinungsgräben hinweg, denn verschiedene Friedensgruppen hatten zur Demo gegen den Internationalen Soldatengottesdienst oder gegen Bundeswehr und den Einsatz militärischer Gewalt generell aufgerufen. Vor und nach dem Gottesdienst sah man Soldatinnen und Soldaten im ernsthaften und intensiven Gespräch mit einzelnen



© Johann Machowetz (AKS)

Demonstranten. Frieden schaffen durch militärische Aktionen – geht das überhaupt, oder ist dies ein Widerspruch in sich? Engagiert wurden hierzu Argumente ausgetauscht und hitzige Diskussionen geführt. Dabei war manches Gespräch eher ein Schlagabtausch als ein Dialog. Häufig waren auf beiden Seiten Aussagen wie „das war interessant, ich werde über den einen oder anderen Satz noch mal nachdenken“ zu hören. So endete auch das Gespräch zwischen einer älteren Dame, die mit einem großen Pappschild vor dem Kölner Dom stand und gegen die „Militarisierung (sic!) der Kirche“ demonstrierte, und einer Gruppe Soldaten, die diesen Schlusssatz mit einem bestätigenden Nicken quittierten.

Spontanes Grußwort des Präsidenten des Apostolat Militaire International (AMI)

Im Anschluss folgten zahlreiche Gäste aus Militär, Politik und Gesellschaft der Einladung des Leitenden Militärdekans Köln, Monsignore Rainer Schnettker, ins Maternushaus. Wie ein roter Faden zog sich auch hier der Aufruf zum ehrlichen, wertschätzenden, offenen Dialog als Voraussetzung gelingenden menschlichen Zusammenlebens auf allen Ebenen durch die Grußworte. Eine besondere Freude war es uns, dass der Präsident des Apostolat Militaire International (AMI), der Dachorganisation der katholischen Soldaten weltweit, Vize-Admiral (ret) Matthieu Borsboom, die Gelegenheit zu einem spontanen Grußwort erhielt. Er nutzte dies, um auf die enorme Bedeutung internationaler Begegnung und Zusammenarbeit für den Frieden gerade in unserer Zeit, in der Nationalismus und Partikularinteressen immer wichtiger zu werden drohen, hinzuweisen. ■



© Johann Machowetz (AKS)

1. Die Apostelkirche war für den Gottesdienst zu klein, weshalb man in den Kölner Dom umzog.

2. Kardinal Rainer Maria Woelki ging in seiner Predigt auf den Aspekt des Dialoges als Grundwerkzeug auf dem Weg des Friedens ein.

Der Beitrag erschien außerdem im Kompass, Ausgabe 02/2020

Themenwochenende des Bereichs Nord

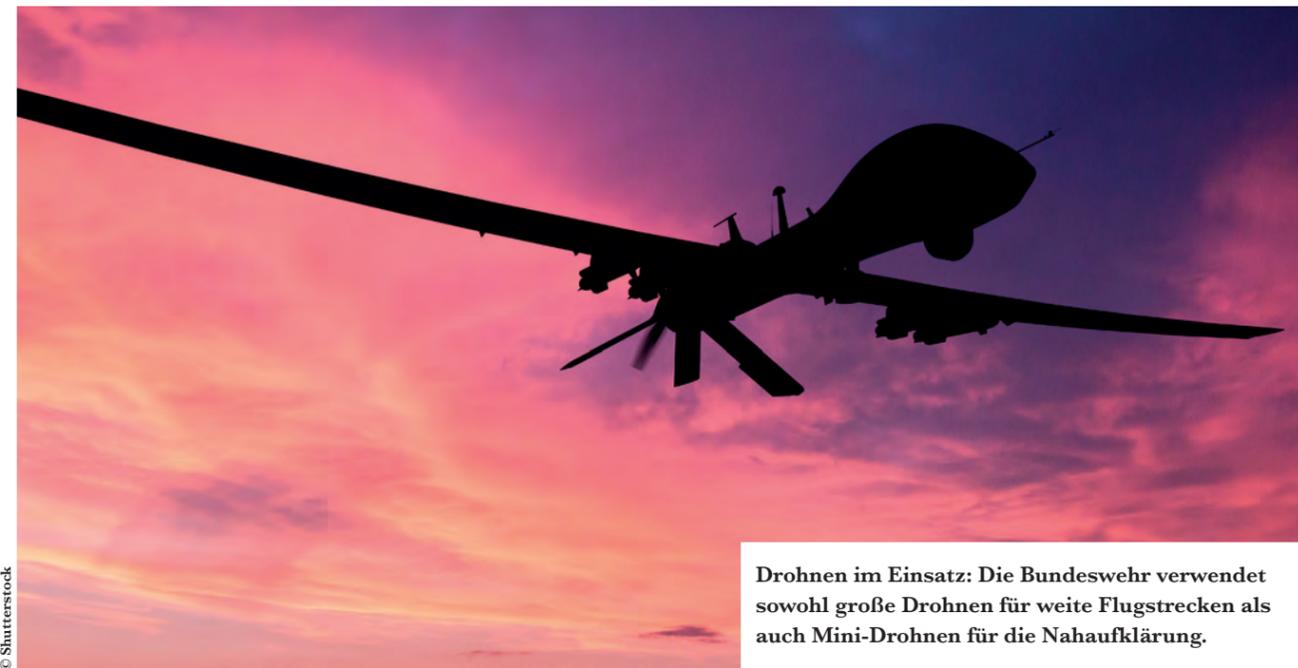
Bewaffnete Drohnen – Chancen und Risiken

Vom 06. bis 08.12.2019 hat der GKS-Kreis Nord zum Themenwochenende in Hamburg eingeladen. Thema war der auch in der Politik wieder stärker diskutierte Einsatz von bewaffneten Drohnen und deren Beschaffung für die Bundeswehr. Als Einstieg diente der Film „Eye in the Sky“, der anschaulich und eindrucksvoll sowohl die ethischen als auch die politischen Dimensionen und Probleme eines Drohneneinsatzes beleuchtete. Im Anschluss konnte der eingeladene Referent Major (U.S.) George Rothhaupt, ehemaliger Drohnenpilot, Ausbilder und jetziger Verbindungsoffizier der US Army an der Offizierschule der Luftwaffe seine eigenen Einsatzerfahrungen weitergeben und die verschiedenen Facetten seiner Mission verdeutlichen. Dadurch entstand ein sehr vielschichtiges Bild über die beteiligten Instanzen und Zuständigkeiten eines Einsatzes von Drohnen, das viele Teilnehmende überraschte. Die anschließende Diskussion ließ insbesondere die Aufgabe des Piloten, der „wie bei einem Computerspiel einfach nur den Knopf drückt“, für alle in einem deutlich differenzierteren Licht erscheinen. Mit diesen Informationen ausgestattet wurde anschließend die Stellungnahme der GKS zum Einsatz bewaffneter Drohnen

intensiv diskutiert. Die Ergänzungen und Anmerkungen der Teilnehmenden werden dem zuständigen Sachausschuss mitgeteilt und können somit Teil der immer weiter zu führenden, notwendigen Diskussion werden. Zum Ausklang des Tages hat die Gruppe die St. Nikolai Kirche, einem den „Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft zwischen 1933 und 1945“ gewidmeten Mahnmal, besucht. Insbesondere wurde hierbei an die Operation Gomorrha vom 24.07. bis 03.08.1943 erinnert, einer Serie von Luftangriffen der Royal Air Force und der U.S. Air Force auf Hamburg. 34.000 Menschen starben durch das Flächenbombardement, durch das aufgrund besonderer Witterungsbedingungen in den östlichen Stadtteilen Hamburgs ein Feuersturm ausgelöst wurde. Ungefähr 125.000 Menschen wurden darüber hinaus verletzt. Die Bilder des Schreckens standen der Gruppe deutlich vor Augen, zugleich aber auch die Schönheit der Hansestadt, die ihnen nach dem Aufstieg zum Turm zu Füßen lag. ■

Text: OTL a. D. Norbert Kisters, Bereichsvorsitzender Nord

Meldungen aus
der GKS



Drohnen im Einsatz: Die Bundeswehr verwendet sowohl große Drohnen für weite Flugstrecken als auch Mini-Drohnen für die Nahaufklärung.

© Shutterstock



© GKS/Nüßle

Henriette Kretz signiert ihr Buch: „Willst du meine Mutter sein - Eine Kindheit im Schatten der Shoah“ für Herrn Oberstleutnant Andre Schäfer (S3-Stabsoffizier Regionalstab Territoriale Aufgaben Bundeswehr Süd)

Gespräch mit Zeitzeugin Henriette Kretz

„Ich sehe mich nicht als Opfer“

Auf Einladung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Kreis München, war die 85-jährige Holocaust-Überlebende Henriette Kretz nach knapp einem Jahr wieder Gast im Offizierheim der Ernst-von-Bergmann-Kaserne. Sie erzählte vor rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ihre Familiengeschichte und davon, wie sie als jüdisches Kind die Zeit der NS-Diktatur überlebte. Ihre Kindheit hat sie mit ihrer Familie in der polnischen Stadt Stanisławów verbracht, wo sie zunächst zwischen die Fronten – durch die Deutsche Wehrmacht und SS, später auch durch die Sowjetunion – geriet. 1941 musste die Familie ins Ghetto umsiedeln. Sie entkamen mehrmals der Deportation, auch weil sie von einer polnisch-ukrainischen Familie versteckt worden waren. Schließlich entdeckte sie die Gestapo. Vor ihren Augen wurden die Eltern erschossen, das Mädchen Henriette überlebte in einem von Nonnen geführten Waisenhaus.

Später lebte sie 13 Jahre in Israel, bevor sie 1969 nach Antwerpen/Belgien zog. Das Starkwerden der Rechtspopulisten in Europa macht sie wütend, aber sie baut auch auf den Verstand junger Menschen. Von ihrer Vergangenheit, auch 74 Jahre nach der Befreiung Auschwitz zu erzählen, ist für Henriette Kretz eine Herzensangelegenheit. Für sie waren die wahren Opfer des NS-Regimes all jene, die man davon überzeugt hat, dass es eine „Herrenrasse“ und „Untermenschen“ gebe. Sie ist Mitglied des polnischen Vereins „Kinder des Holocaust“ und als Zeitzeugin für das Maximilian-Kolbe-Werk aktiv. Henriette Kretz hat zwei Söhne und drei Enkel. ■



Europa bleibt friedlichste Region der Welt

Trotz aller Gewalt und Konflikte ist die Welt erstmals seit 2013 etwas friedlicher geworden. Das geht aus dem „Global Peace Index“ hervor. Die Studie der Denkfabrik „Institute for Economics and Peace“ (IEP) mit Hauptsitz in Australien bewertet jedes Jahr die Lage in mehr als 160 Ländern der Welt anhand von Kriterien wie Krieg, Terrorismus, Polizeigewalt und Waffenexporten. Europa ist nach wie vor die friedlichste Region der Welt. Im vergangenen Jahr trug dazu vor allem ein Rückgang an Terroranschlägen bei. Auch die Zahl der Menschen, die als Flüchtlinge Schutz in Europa suchten, ging zurück. ■

Das WORT des Geistlichen Beirats

Mancher, der das Begriffspaar „Krieg und Frieden“ hört, erinnert sich vielleicht an den mehrfach verfilmten, gleichnamigen Roman des russischen Schriftstellers Leo Tolstoi, der 1868/1869 erschien, als eines der bedeutendsten Werke der Weltliteratur gilt und die Zeit der Napoleonischen Kriege in Russland in sich abwechselnden Kriegs- und Friedensszenarien darstellt. Auf anschaulichste Weise werden hierbei das Spannungsfeld und die Bandbreite von Krieg und Frieden deutlich. Hilflosigkeit, Ohnmacht, Leid, Brutalität, Entwurzelung, Leere und Tod wechseln sich ab mit prallem, ausschweifendem Leben, Heimat, Liebe, Zuwendung, Geborgenheit und Freude. Wem diese Erzählung nicht bekannt ist, dem fällt vielleicht im Zusammenhang mit den beiden Wörtern der lateinische Satz „Si vis pacem, para bellum“ („Wenn Du den Frieden willst, bereite den Krieg vor.“) ein. Hier steht man dann ganz schnell im Hier und Heute und in einer Reihe von Problemstellungen, die eher neue Fragen aufwerfen und verstören als sie zu beantworten: Gibt es etwa keinen Frieden ohne den Krieg? Kann und muss man Frieden mit kriegerischen Mitteln verteidigen? Ist Frieden die Abwesenheit von Krieg? Die Reihe ließe sich noch deutlich erweitern. Vor einigen Jahren bekam ich das Buch „Gesichter des Krieges“ geschenkt, in dem die Kriegsreporterin Martha Gellhorn den Bogen vom Spanischen Bürgerkrieg bis zum Krieg in Nicaragua spannt. Darin fand ich den Satz, der mich immer wieder neu herausfordert und mir in mancher Diskussion wiederbegegnet: „Kriege ereignen sich nicht einfach, sie werden gemacht“. Hierbei kann zunächst festgestellt werden, dass Krieg immer etwas Aktives ist, dass dahinter immer Interessen von Menschen stehen, die mit unterschiedlichen Mitteln durchgesetzt werden.

Steckt doch im Krieg das Grundwort „kriegen“, das die Bedeutung „etwas erhalten, etwas bekommen, jemanden erwischen“ enthält. Dabei werden die Folgen, die damit vor allem für diejenigen entstehen, die keinen Krieg erzeugen, ihn damit auch nicht wollen, dafür aber eingesetzt werden, billigend in Kauf genommen, was sich in dem heute schnell gebrauchten Begriff vom Kollateralschaden („Begleitschaden“) fast schon beschönigend anhört. In dem genannten Buch stellt die Autorin dazu fest: Nachdem ich mein Leben lang Kriege beobachtet habe, halte ich sie für eine endemische menschliche Krankheit und die Regierungen für die Überträger.“ Ihr Appell ist daher logisch und ein Auftrag an die gesamte Menschheit: „Es muss eine bessere Art geben, als durch Kriege die Geschicke der Welt zu lenken. Sorgen wir dafür, dass sie Wirklichkeit werden.“ Wie weit wir davon immer wieder aufs

Neue entfernt sind, zeigen die unzähligen Kriege und Konflikte in Vergangenheit und Gegenwart. Und auch im sprachlichen Umgang zeigt sich immer wieder, wie schwer man sich mit der klaren Benennung tut. Vor allem Soldatinnen und Soldaten, aber auch aufmerksame Zeitgenossen können sich noch daran erinnern, wie lange beispielsweise die Worte „Krieg“ oder „kriegsähnliche Zustände“ für die Vorkommnisse im Auslandseinsatz in Afghanistan gerade bei politischen Entscheidungsträgern vermieden wurden. Mancher „Staatsbürger in Uniform“ musste als Mitglied einer Parlamentsarmee viel zu lange auf Klartext warten. Als Gemeinschaft katholischer Soldaten werden wir natürlich auch immer wieder mit der Frage konfrontiert, wie sich Christ- und Soldatsein mit der Aufforderung Jesu „Du sollst nicht töten“ vereinbaren lassen, ob sich dies überhaupt umsetzen lässt. Nicht selten wird dabei auch gern die These vertreten, dass Religionen, Weltanschauungen und Religionsgemeinschaften eben nicht nur Friedensbringer seien, sondern auch reichlich Gewaltpotenzial hätten. Als Beleg wird die Historie bemüht und darauf hingewiesen, dass doch auch und gerade Christen Glaubenskriege angezettelt und geführt hätten - und dies nicht nur im Mittelalter, wie die langjährigen, blutigen Auseinandersetzungen zwischen Protestanten und Katholiken in Nordirland bis ins 20. Jahrhundert zeigten. Umso mehr sind wir als Christen aufgefordert, uns mit aller Kraft für den Frieden einzusetzen. Als Gemeinschaft wissen wir Christus in unserer Mitte. Dies drückt sich in einem Kirchenlied von Dieter Trautwein so aus: „Frieden gabst du schon, Frieden muss noch werden, wie du ihn versprichst uns zum Wohl auf Erden. Hilf, dass wir ihn tun, wo wir ihn erspähen die mit Tränen säen, werden in ihm ruhn.“ ■



Militärdekan Bernd F. Schaller
Geistlicher Beirat
der GKS auf Bundesebene

„Europäer setzen heute mehr auf militärische Stärke als auf Diplomatie“

Das Gedenken an die düsteren Kapitel der eigenen Geschichte ist den Deutschen auf den Weg gegeben. Wie kaum eine andere Nation haben wir die Pflicht, zu erinnern. Besonders zu den historischen Jahrestagen rufen wir uns die Vergangenheit wieder ins Gedächtnis – auch in diesem Jahr, in dem sich im Mai das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 75. Mal jährt.

Heute ist der Krieg nur noch wenigen aus der eigenen Erinnerung gegenwärtig. Die meisten von uns haben ihn – wie auch ich – nicht mehr erleben müssen. Die Älteren werden immer weniger, die Kriegsgeneration stirbt langsam aus. Für unsere Gesellschaft wird damit die Aufgabe, die Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, immer wichtiger, aber auch immer schwieriger. „Die Jungen“, hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner wegweisenden Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 08. Mai 1985 gesagt, „sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.“ Das große Glück, dass ich mein ganzes bisheriges Leben in Frieden leben durfte, weiß ich zu schätzen. Und ich mache mir immer wieder bewusst, dass Frieden auch auf unserem Kontinent alles andere als selbstverständlich ist. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten gesehen, dass

sich die an das Ende des Kalten Krieges geknüpften Hoffnungen auf ein neues Zeitalter des Friedens in Europa nicht erfüllt haben. Krieg ist wieder möglich geworden – schon in den 90er Jahren in Jugoslawien und auch heute im Osten der Ukraine. 30 Jahre nach der Überwindung der bipolaren Weltordnung sind die Gräben zwischen Ost und West auf unserem Kontinent wieder aufgeworfen. Wir erleben eine neue Konfrontation mit Russland.

„Mir macht es große Sorge, dass es in einer Zeit der schweren Spannungen in Europa an einer ernsthaften politischen Initiative für Verständigung und Ausgleich mit Russland fehlt“

Europäer und auch Deutsche setzen heute mehr auf militärische Stärke als auf Diplomatie. Die Bilanz der außenpolitischen Bemühungen der letzten Jahre muss ernüchtern, wenn heute Fachleute wie der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr und frühere Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Harald Kujat, warnen,

dass „wir ähnlich wie 1914 wie Schlafwandler in einen militärischen Konflikt taumeln könnten“. Die wichtigste Lehre aus unserer Vergangenheit lautet: Nie wieder Krieg in Europa! Haben wir das aus den Augen verloren? Deutschland trägt besondere Verantwortung für ein friedliches Haus Europa. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat uns gemahnt: „Wir dürfen nicht Russland und seine Menschen zum Feind erklären. Dagegen steht unsere Geschichte und dafür steht zu viel auf dem Spiel.“ Hierzu gehört, die Erinnerung wachzuhalten – auch an die Opfer und das Leid derer, die Deutschland und Europa von Nationalsozialismus und Faschismus befreit haben. Die Hauptbürde bei der Niederschlagung Hitler-Deutschlands hat die Rote Armee getragen – Russen, Ukrainer und Weißrussen. Sie haben uns Deutschen

Versöhnung und Freundschaft angeboten. Das ist ein großes Geschenk der Völker, die den verbrecherischen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion mit einer die Vorstellungskraft übersteigenden Zahl von 27 Millionen Kriegstoten bezahlt haben – über die Hälfte von ihnen Zivilisten. Historische Jahrestage besitzen große symbolische Bedeutung – gerade in Russland hat die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg für die meisten Menschen bis heute eine ausgesprochen emotionale Dimension. Für die bevorstehenden Gedenktage ist zu wünschen, dass wir Deutsche uns unsere geschichtliche Verantwortung ins Bewusstsein rufen. Es wäre gut, wenn wir ungeachtet der heutigen politischen Dissonanzen das Ende des Zweiten Weltkriegs mehr als bisher gemeinsam mit Russland begingen, um mit einem aufrichtigen Erinnern ein Zeichen für eine friedliche Zukunft in Europa zu setzen. ■

Der Autor

Matthias Platzeck ist seit 2014 Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums. Von November 1998 bis Juni 2002 war Platzeck Oberbürgermeister von Potsdam. Am 26. Juni 2002 wurde er als Nachfolger Manfred Stolpes zum Ministerpräsidenten von Brandenburg gewählt. Schon seit Juli 2000 war er Landesvorsitzender der SPD Brandenburg gewesen. Vom 15. 11. 2005 bis zum 10. April 2006 war er zudem Bundesvorsitzender der SPD. Nach zwei Wiederwahlen 2004 und 2009 trat Platzeck aus gesundheitlichen Gründen am 26. August 2013 als SPD-Landesvorsitzender und am 28. August 2013 als Ministerpräsident zurück.



© P. Gregory/Shutterstock



**Von keiner Armee
zur Einsatzarmee**

Leitthema

Von keiner Armee zur Einsatzarmee

Von Prof. Winfried Heinemann >>

1. Kapitel

Kriegsende und Sicherheitsverantwortung der Alliierten

Das Kriegsende 1945 hinterließ Deutschland als eine Trümmerlandschaft. Das galt nicht nur im wortwörtlichen Sinne: Die deutschen Städte waren durch den Bombenkrieg weitgehend zerstört. Das galt auch im übertragenen Sinne: Die staatlichen Institutionen hörten auf zu bestehen, und die Alliierten übernahmen die volle Regierungsgewalt. Nicht zuletzt galt das Wort von der Trümmerlandschaft in einem moralischen Sinne: Die Deutschen hatten den Krieg vom Zaun gebrochen, hatten Gräueltaten ohne Maß an den Menschen in den besetzten Gebieten Polens, Frankreichs, der Sowjetunion und vieler anderer Länder zu verantworten – und nicht zuletzt den Genozid an sechs Millionen europäischen Juden. Deutschland war international diskreditiert und würde so schnell nicht wieder zu einem Akteur auf der europäischen Bühne werden.

Die Alliierten legten Wert auf Demokratisierung, aber auch auf Demilitarisierung. Alle militärischen Formationen und Einrichtungen wurden aufgelöst; die Verantwortung für die Sicherheit nach innen und nach außen lag bei den Siegermächten. Das galt auch, als sich das Verhältnis zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion nachhaltig verschlechterte: im beginnenden Kalten Krieg war die

Sicherheit des entstehenden Weststaates zunächst die Verantwortung der Amerikaner, Briten und Franzosen. Andererseits begann die junge Bundesrepublik, sich wirtschaftlich erstaunlich schnell zu erholen, während die westlichen „Schutzmächte“ Mühe hatten, Wiederaufbau und Wiederaufrüstung wirtschaftlich in Einklang zu bringen. Auf die Dauer würde es nicht angehen, dass die Deutschen ihr Wirtschaftswunder genossen und die anderen für ihre Sicherheit bezahlten. Das im April 1949 begründete nordatlantische Bündnis jedenfalls schützte schon den entstehenden Weststaat, selbst wenn er noch kein Mitglied werden konnte: Unter den Schutz der Allianz fielen auch alle Gebiete, in denen die Verbündeten Truppen stationiert hatten, und das traf naturgemäß auf Westdeutschland zu.

Wie also ließen sich „Sicherheit mit Deutschland“ und „Sicherheit vor Deutschland“ miteinander in Einklang bringen?

Eine Überlegung war, Deutsche in den westalliierten Streitkräften dienen zu lassen. Das aber wäre unpopulär gewesen; außerdem hatte die neue deutsche Verfassung von 1949, das „Grundgesetz“, dies ausdrücklich

2. Kapitel

Sicherheit mit Deutschland und vor Deutschland

ausgeschlossen. Um zwangsweise Rekrutierung zum Söldnertum in fremden Streitkräften zu vermeiden, hatte man in Artikel 4 einen Absatz 3 aufgenommen, wonach niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden konnte. Eine andere Lösung war, deutsche Streitkräfte aufzustellen, so wie ja auch in der DDR bereits die „Kasernierte Volkspolizei“ eine verdeckte Armee war, diese aber so in internationale Strukturen einzubinden, dass sie eben keine Bedrohung für die Nachbarstaaten darstellen konnten. Der erste Anlauf dazu kam aus Frankreich. Von 1952 bis 1954 bewegte das Projekt einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ die deutsche und die internationale Politik. Bundeskanzler Adenauer hatte bereits 1950 eine Expertenrunde in der versteckt in der Eifel liegenden Zisterzienserbtei Himmerod Grundzüge für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag ausarbeiten lassen. Jetzt sollte es konkret werden: Deutsche Truppen sollten Teil einer europäischen Armee werden und somit internationaler Kontrolle unterliegen – der Oberbefehl sollte beim stärksten Truppensteller liegen und das sollte Frankreich sein. Auch sollte die EVG als Ganzes Mitglied der NATO werden, die anderen EVG-Mitglieder (vor allem Frankreich und Italien) aber zugleich unmittelbar NATO-Mitglied bleiben. Für die Bundesrepublik wäre damit eine Mitgliedschaft zweiter Klasse verbunden gewesen. Die französischen Ressourcen aber waren immer weiter überdehnt: Zum Krieg in Indochina kam ab 1954 der in Algerien, und es war absehbar, dass Frankreich nicht genügend Truppen würde stellen können, um die EVG zu dominieren. Im August 1954 ließ die französische Nationalversammlung das Projekt scheitern, auf das der deutsche Bundeskanzler viel innenpolitische Energie verwendet hatte. Die Alternative ergab sich bald: Die Bundesrepublik sollte Vollmitglied der NATO werden und alle ihre Kampfverbände sollten den Militärstrukturen des Bündnisses unterstellt sein. Zudem sagten die USA zu, weitere Truppen nach Europa zu verlegen – als Gegengewicht gegen die sowjetische Übermacht, aber auch als Korrektiv gegenüber befürchteten deutschen Vormachthoffnungen. Wie soll der erste NATO-Generalsekretär, Lord Ismay, die Rolle des Bündnisses definiert haben: **„To keep the Russians out, to keep the Americans in, and to keep the Germans down.“** (Die Russen draußen halten, die Amerikaner drinnen halten, die Deutschen klein halten.)

Ob der Spruch wirklich von ihm ist, kann offenbleiben – in gewisser Weise ist das die Rolle des Nordatlantikpaktes bis auf den heutigen Tag. Deutsche Biertischkolumnisten



Der Kampfpanzer T-54 wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in die Rote Armee eingeführt.



© WIKIPEDIA/STAFF SGT. Fernando Serna

Häufige Militärübungen in der Bundesrepublik sollten die Verteidigungsfähigkeit der NATO sicherstellen, Aufnahme vom Manöver REFORGER 1985 in Hessen.

übersehen zu gerne, wie wichtig für unsere Nachbarn in Ost und West auch heute noch die „Sicherheit vor Deutschland“ ist. Bis Mitte der 1960er Jahre dauerte es, bevor mit der 12. Panzerdivision (Veitshöchheim) auch der letzte zugesagte Verband dem Bündnis assigniert werden konnte. Während der gesamten Zeit des Kalten Krieges war die Bundeswehr der wesentliche Truppensteller in Mitteleuropa, vor allem, nachdem 1966 Frankreich seine Streitkräfte aus der NATO-Integration herausgelöst hatte. Wie Bundeskanzler Adenauer es sich erhofft hatte, belegte die westdeutsche Wiederbewaffnung die (weitgehende) Souveränität der Bundesrepublik und verschaffte ihr internationale außenpolitische Handlungsfreiheit. Für Adenauer war die politische Dimension von Streitkräften immer wichtiger als ihr konkreter militärischer Gefechtswert.

Als die erste deutsche Demokratie 1919 entstand, war die Armee schon da. Entsprechend groß war die Rolle, die sie in der Weimarer >>

Republik spielte – Wissenschaftler sprechen von einem „paralegalen Status“ der Reichswehr. Das war bei der Bundeswehr anders: Als sie entstand, waren Verfassung und Staat schon da, hatten sich schon konsolidiert. Die Bundeswehr ist die erste deutsche Armee, die im Rahmen eines freiheitlichen Staates entstanden ist. Auch ist sie die erste deutsche Armee, die von Anfang an als Bündnisarmee konzipiert war. Gesamtstrategische Planungen würde sie nicht anstellen – das war Aufgabe des Bündnisses; entsprechend gab es keinen Großen Generalstab und kein Oberkommando der Wehrmacht. Auch war die Bundeswehr innenpolitisch nicht unumstritten. Innenminister Dr. Gustav Heinemann trat angesichts der Aufrüstung von seinem Amt zurück – nicht so sehr aus pazifistischen Motiven, sondern weil er besorgt war, die Wiederbewaffnung könnte die deutsche Teilung vertiefen. Folgerichtig nannte er die Partei, die er dann gründete, „Gesamtdeutsche Volkspartei“; erst nach deren Scheitern wechselte Heinemann zur SPD.

„Nicht mehr gepresster Untertan sollte er sein, sondern aktiv die freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen“

Die SPD wiederum war besorgt, die neue Armee könnte versuchen, im Innern die Macht zu übernehmen, oder auch nur Streiks niederzuschlagen. Strikt achteten die Sozialdemokraten darauf, dass die Rolle der Streitkräfte auf die Verteidigung nach außen beschränkt blieb – so Artikel 87a Grundgesetz. Bewusst stellten sich die Gründerväter der Bundeswehr in die Tradition der preußischen Reformer aus der Zeit der Freiheitskriege. Dass die ersten 101 Soldaten ausgerechnet am 12. November 1955 ernannt wurden, war kein Zufall: Es war der 200. Geburtstag von Scharnhorst. Folgerichtig war an der Stirnwand ein großes Eisernes Kreuz angebracht, in der Form der Freiheitskriege, nicht das angeblich modernere Balkenkreuz der Wehrmacht. Damit verband sich auch ein anderes Verständnis vom Soldaten: Nicht mehr gepresster Untertan sollte er sein, sondern aktiv die freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen. Das setzte voraus, dass der Soldat selbst sich als Staatsbürger verstehen konnte, es entstand der Begriff des „Staatsbürgers in Uniform“. Die entstehende „Innere Führung“ sollte nicht, wie manche behaupteten, eine „weiche Welle“ sein, auch nicht sich in „Menschenführung“ erschöpfen (ein Begriff, den der Nationalsozialismus propagiert hatte) – nein, sie sollte das Verhältnis zwischen Militär und Gesellschaft neu austarieren.

3. Kapitel

Flexible Response – Angst vor amerikanischem Disengagement

In den 1960er Jahren beschloss die NATO eine neue Strategie. Bis dahin war man davon ausgegangen, dass jede Aggression der Sowjetunion mit einem Nuklearschlag beantwortet werden würde. Aber war das angesichts des sowjetischen Nukleararsenals noch glaubwürdig? Würden die USA wirklich, wenn ein Konvoi auf dem Weg von Helmstedt nach West-Berlin festgehalten würde, die eigene nukleare Vernichtung riskieren? Die neue Strategie ging davon aus, dass die Allianz zunächst mit konventioneller Kampfführung reagieren, und erst nach deren Scheitern auf die nukleare Ebene eskalieren würde. Adenauer war zunächst höchst skeptisch, ob das nicht der Ausstieg der Amerikaner aus der Sicherheitsgarantie für Europa war. Was der „Alte“ nicht mehr verstand: damit wuchs allerdings auch die Bedeutung der konventionellen Truppensteller, also der Bundeswehr. Bewaffnet mit neu entwickeltem deutschem Gerät wie dem Kampfpanzer „Leopard 1“, dem Schützenpanzer Marder, in den 1970er Jahren dann dem Jagdbomber „Tornado“ und den ersten in Deutschland gebauten Fregatten, entwickelte sich die Bundeswehr – und mit ihr die Bundesrepublik – zu einem der wichtigsten Partner im Bündnis. Bis in die 1970er Jahre hatte sie Probleme, geeigneten Nachwuchs zu rekrutieren. Die wirtschaftlichen Probleme, beginnend mit der Ölkrise 1973, aber auch Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung wie das Angebot eines wissenschaftlichen Studiums für alle längerdienenden Zeitoffiziere ließen den Personalmangel langsam schwinden.

NATO-Doppelbeschluss – Angst vor deutschem Ausscheren Ob Deutschland dieser Rolle langfristig würde gerecht werden können, stand in den 1980er Jahren zur Debatte. Die Sowjetunion hatte Mittelstreckenraketen in Europa stationiert, die es ihr erlaubten, zwar Westeuropa, aber nicht die USA zu bedrohen – erneut ein klarer Versuch, die atlantischen Partner auseinanderzudividieren. Die NATO forderte die Sowjets zu einem beiderseitigen Verzicht auf solche Waffensysteme auf, aber Moskau ging darauf nicht ein. Man war sich weitgehend sicher, die westdeutsche Bevölkerung werde die Dislozierung solcher Waffensysteme in Europa zu verhindern wissen. Und in der Tat entwickelte sich eine große „Friedensbewegung“, um genau dieses zu erreichen; bis zu 500.000 Menschen nahmen an „Friedensdemonstrationen“ in Bonn teil. Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung unter Helmut Kohl hingegen stand klar zum NATO-Doppelbeschluss; in den Bundestagswahlen 1983 und 1987 gewann seine Koalition aber eine klare Mehrheit, was sie nicht zuletzt als Bestätigung ihrer Bündnispolitik interpretierte; die Bundeswehr erhielt eine neue Generation nuklearer Trägersysteme (die Sprengköpfe blieben dagegen weiterhin in U.S.-Gewahrsam). Der von der Sowjetunion und der DDR erhoffte Bruch in der transatlantischen Allianz fand nicht statt.

© IMZ/Bildarchiv



Die Bundeswehr ist die erste deutsche Armee, die im Rahmen eines freiheitlichen Staates entstanden ist.

4. Kapitel

Deutsche Einheit und die Verbündeten

Mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Schwäche und den Reformansätzen in der Sowjetunion einher ging der ökonomische Niedergang der DDR. Letztlich hatte das SED-Regime seit 1945 nur aufgrund der sowjetischen Sicherheitsgarantie überleben können und als diese wegfiel, gewannen in der DDR die regimekritischen Kräfte die Oberhand. Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer, bei den ersten wirklich freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990 siegte eine bürgerliche Koalition, die für einen schnellen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik eintrat. Das warf auch die Frage nach der Zukunft der beiden deutschen Armeen – Bundeswehr und Nationaler Volksarmee der DDR – auf. Einige NVA-Offiziere hofften eine Zeit lang darauf, dass es – zumindest übergangsweise – zwei Armeen in einem Staat geben würde: eine Bundeswehr unter NATO-Führung im Westen und eine ostdeutsche Armee außerhalb der NATO auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Angesichts der fortdauernden sowjetischen Truppenpräsenz in Ostdeutschland aber war es beiden deutschen Regierungen wichtig, das ganze Staatsgebiet des vereinigten Deutschlands unter den Schutz des Bündnisses zu sehen. Und für Deutschlands Nachbarn im Osten hatte die Vorstellung deutscher Streitkräfte außerhalb internationaler Kontrolle direkt vor ihren Grenzen durchaus etwas Bedrohliches. Am Ende blieb als Lösung nur, dass die Nationale Volksarmee mit dem 02. Oktober 1990 aufhörte zu bestehen. Für die Bundeswehr bestand nun die Herausforderung darin, einen Teil des Personals der aufgelösten NVA zu übernehmen, neu auszubilden und einzusetzen. Dabei war zu berücksichtigen, dass die vorhandenen Bundeswehrsoldaten nicht einfach entlassen werden konnten und dass zugleich die europäischen Abrüstungsverhandlungen zahlenmäßige Obergrenzen für die Gesamtstärke setzten, sodass letztlich nur eine begrenzte Zahl ehemaliger NVA-Soldaten in der Bundeswehr unterkommen konnte. Anfang Oktober 1990 gingen die ersten Bundeswehrsoldaten in die DDR, um ab dem 03. Oktober am Aufbau neuer Strukturen mitzuwirken. Ihre Motive waren vielfältig: Einige handelten aus nationaler Verantwortung, andere eher aus soldatischer Kameradschaft und noch andere, weil sie sich persönliche Vorteile erhofften. Nicht alles lief beim Prozess der militärischen Vereinigung reibungslos; vor allem die Regelung, wonach Spitzel des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit („Stasi“) noch Jahre nach ihrer Übernahme entlassen werden mussten, führte zu Unsicherheit und Vertrauensverlusten. Trotzdem lässt sich im Nachhinein sagen, dass die Bundeswehr den Anspruch, „Armee der Einheit“ zu sein, nicht zu Unrecht erhoben hat – sie hat beim Prozess des Zusammenwachsens von Ost und West eine zentrale Rolle gespielt.

5. Kapitel

Friedensdividende und Auslandseinsätze

Dabei waren die Umstände nicht einfach. Fast zeitgleich mit den Folgen der staatlichen Wiedervereinigung hatte die Bundeswehr erhebliche Herausforderungen zu bestehen, darunter erstmals die Verlegung von Kampfverbänden (Flugabwehrraketen) ins Ausland (in die Türkei). Zudem zogen die USA zur gleichen Zeit ein Korps ab, das in Saudi-Arabien für den Zweiten Golfkrieg 1990/1991 benötigt wurde, während die Bundeswehr in der ehemaligen DDR den Abzug der ehemals sowjetischen Truppen begleiten musste. Gleichzeitig erwartete die deutsche Öffentlichkeit eine „Friedensdividende“ – die Verteidigungsausgaben wurden drastisch zurückgefahren –, immerhin sei Deutschland doch nur noch von Freunden umgeben. Dass die Freunde aber nicht nur von Freunden umgeben waren, fand weitaus weniger Beachtung. Betriebswirtschaftliches Denken und die Privatisierung vieler Bereiche (Verpflegung, Bekleidung, Kraftfahrzeuge, IT) sollten Kosten sparen helfen. Der Schwerpunkt der Bundeswehr verlagerte sich zunehmend auf friedenserzwingende und friedenserhaltende Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes (Balkan, Afghanistan, zuletzt Mali), und die zunehmenden finanziellen Engpässe zwangen dazu, Ausrüstung und Ausstattung allein auf solche Missionen auszurichten. Zu dieser Fokussierung auf ein Szenario gehörte auch, dass Wehrpflichtige nur noch von begrenztem Nutzen waren: In die Auslandseinsätze durften sie nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht mitgenommen werden. Insofern war es nur konsequent, dass Verteidigungsminister von und zu Guttenberg die Wehrpflicht 2010 de facto abschaffte. Diese Faktoren allerdings stellten das Konzept der Inneren Führung infrage: Der Wegfall der Wehrpflicht erodierte langfristig die Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft, das betriebswirtschaftliche Management stand in einem Gegensatz zu der bewährten Führung mit Auftrag und die Verlagerung von Prozessen nach außen ließ manche verbriefte Rechte der Soldaten (etwa das Beschwerderecht) zunehmend ins Leere laufen. Ob die viel beschworene „Wende“ bei Personal und Ausrüstung tatsächlich eintreten wird; ob die Bundeswehr ihrer Verantwortung für die Bundeswehr als „Parlamentsarmee“ durch die Reduzierung der bürokratischen Kontrolle gerecht werden wird? Das sind Fragen, die Historiker in 30 Jahren beantworten müssen. ■

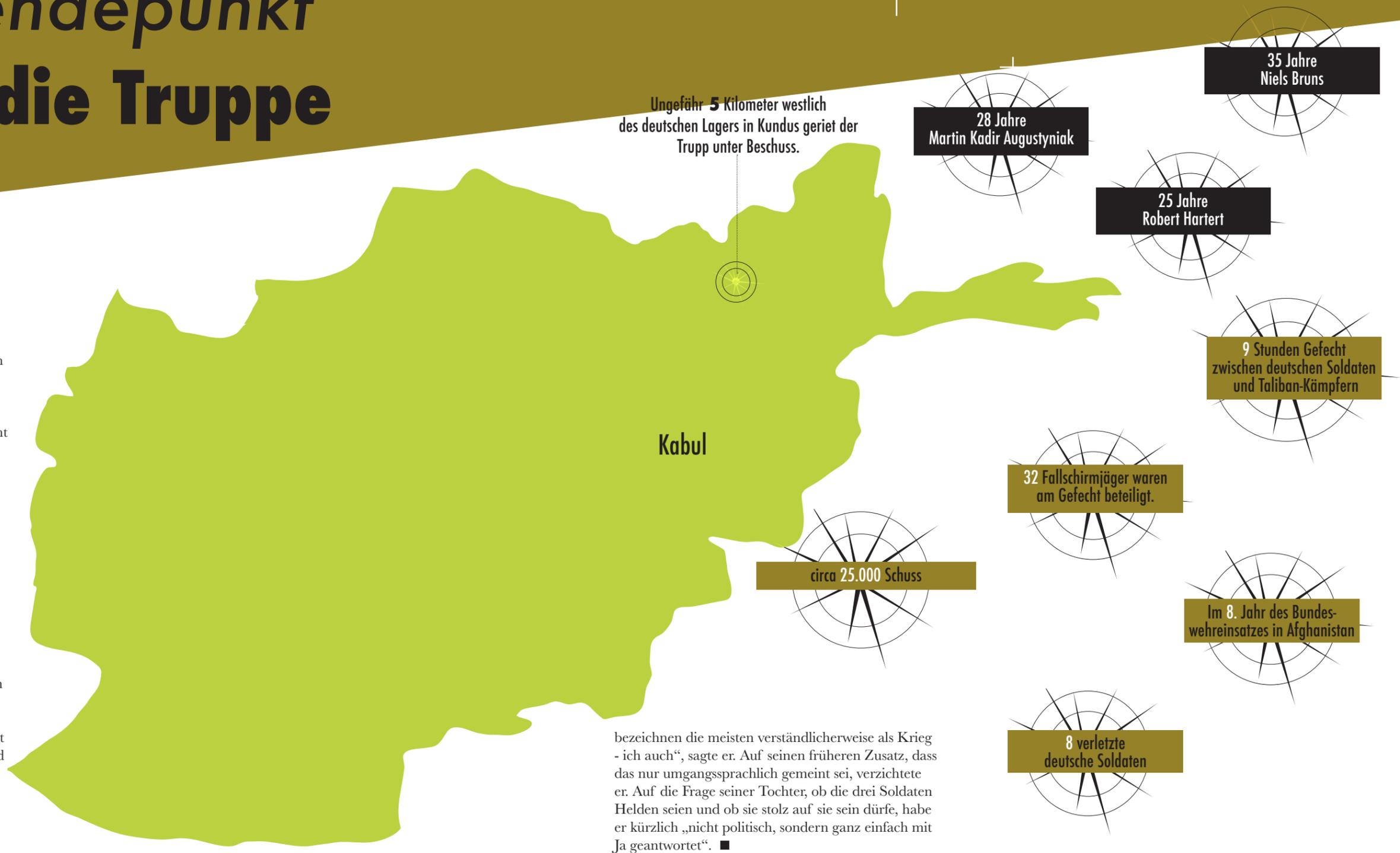


Der Wegfall der Wehrpflicht erodierte langfristig die Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft.

Das Karfreitagsgefecht Wendepunkt für die Truppe

Hintergründe und Zahlen:

Am Tag des 02. April 2010 haben deutsche Einsatzkräfte nahe dem Örtchen Isa Khel in der Provinz Kundus/ Afghanistan einen gefährlichen Auftrag: Sie sollen Straßen von Sprengfallen räumen. Doch gegen 13 Uhr wird der deutsche Trupp aus dem Fallschirmjägerbataillon 373 plötzlich angegriffen. 30 bis 40 Taliban-Kämpfer attackieren die Soldaten mit Waffen. Es beginnt ein neunstündiges Gefecht, in dessen Verlauf drei deutsche Soldaten sterben und acht weitere schwer verletzt werden. Es ist einer der schlimmsten Tage für die Bundeswehr in Kundus seit Beginn des Einsatzes 2002 und ein Wendepunkt für die Streitkräfte, denn die deutschen Politiker wachten endlich auf. Lange wurde die Kriegsrealität des Afghanistaneinsatzes kaum wahrgenommen. Das änderte sich, als die Bundeskanzlerin Angela Merkel zum ersten Mal einen Trauergottesdienst für gefallene Soldaten besuchte, auf dem sie nicht nur den Angehörigen ihr Mitgefühl aussprach, sondern auch Zweifel an dem Einsatz einräumte. Der Einsatz sei „weit schwieriger als gedacht“, es habe „zu viele Rückschläge“ gegeben, räumt sie ein. Kämpfen und Töten, Verwundung und Sterben gehören nun zur Bundeswehr. Der Ex-Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg nannte die Dinge am Hindukusch schließlich beim Namen: „Was wir am Karfreitag in Kundus erleben mussten,



Interview mit Militärdekan Bernd Schaller zur Tragödie am Karfreitag in Kundus

„Ich bin da, um auszuhalten“

Camp Kundus nimmt Abschied

Militärdekan Schaller, war das Karfreitagsgefecht in Kundus ein sogenannter Wendepunkt innerhalb der Truppe?

Ja, auch deshalb, weil der ehemalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg zum ersten Mal in diesem Zusammenhang von einem Kriegseinsatz und kriegsähnlichen Zuständen in Afghanistan gesprochen hat. Die Wahrnehmung des Einsatzes hat sich dadurch auch in der Leitung des Verteidigungsministeriums geändert. Soldatinnen und Soldaten waren ab dem Karfreitagsgefecht in einem Einsatz, der Menschenleben kosten konnte. Und das tat er auch.

Was genau hat sich verändert?

Zum einen hat sich der sprachliche Bereich verändert. Er wurde in der heimatischen, medialen Berichterstattung und auch in der Politik um den Begriff „Krieg“ erweitert. Und das hatte natürlich Konsequenzen. Zu Guttenberg hat wenige Wochen nach dem Gefecht entschieden, drei neue Fahrpanzer in den Einsatz zu schicken. Das war schließlich der nötige Wendepunkt in der Bewaffnung der Truppe. Damit zeigten sie der Taliban, dass es ab jetzt für sie schwieriger werden würde für sie. Das war auch das richtige Signal für die deutsche Truppe.

Was geschah an jenem schwarzen Karfreitag?

Wir saßen beim Bibelfrühstück der Militärseelsorge wie jeden Freitag. Während des Frühstücks gab es einen Impuls von mir, über Sinn oder Unsinn des Todes Jesus zu sprechen. Kein Mensch wusste zu diesem Zeitpunkt, was uns heute noch erwarten würde. Doch schon während des Frühstücks hatten wir mitbekommen, dass es draußen eine Feindberührung gab, auch weil der Lagerkommandeur abgerufen worden war.

Und dann?

Ein Anruf kam, ich solle kommen. Der Kompaniefeldwebel wartete auf mich und auf den Truppenpsychologen. Dann sagte er uns, dass es draußen im Gefecht mit den Talibankämpfern einen Toten gab. Wir warteten dann gemeinsam auf den Spieß, aus dessen Kompanie der Tote war. Während wir ihm die Nachricht überbrachten, kam bereits die Meldung, dass es eine ungewisse Anzahl an verletzten deutschen Soldaten gab.

Die ersten Toten eines Krieges: Mussten Sie Ihre Arbeit als Militärpfarrer ab diesem Zeitpunkt überdenken?

Ja, es waren für mich die ersten Toten im Einsatz, aber nein, meine Arbeit musste ich nicht überdenken. Ab der Todesnachricht bin ich dafür da, wofür ich ausgebildet wurde. Ich muss nicht nach Instrumentarien suchen, die habe ich, egal ob es Tote im Einsatz oder auf der Autobahn sind. In der Funktion, in der ich unterwegs bin, bin ich auch Profi.

Wie war die Stimmung am Abend? Können Sie uns die Situation beschreiben?

Die Soldaten kamen abends aus dem Gefecht zurück. Sie wussten zu diesem Zeitpunkt nicht, dass drei ihrer Kameraden gefallen sind. Der Spieß hat dann sagen müssen, dass drei von ihnen gefallen sind. Diese Situation mussten sie erst mal aushalten. Die Reaktionen der Soldaten waren sehr unterschiedlich. Sie hatten eine Grenzerfahrung gemacht, die sie verkräften mußten.

Gab es Gespräche mit den Soldaten in den nächsten Tagen?

Es gab Gespräche mit dem Lager. Sie sind dort eine Schicksalsgemeinschaft. Meistens sieht man sich während des Frühstücks oder zum Mittagessen. Diese Geschichte war jedoch einschneidend. Schauen Sie, erst Mitte März, zwei Wochen zuvor, sind die meisten Soldatinnen und Soldaten für ihren viereinhalbmonatigen Aufenthalt ins Lager gekommen, der Kommandeur sogar erst wenige Tage vor dem Karfreitagsgefecht. Die Atmosphäre ist nach so einer Katastrophe dicht, weil wir wussten, der Einsatz hier ist eine gefährliche Angelegenheit. Der Tod war nichts Abstraktes mehr. Er hatte drei Gesichter, die mit uns vorgestern noch am Mittagstisch gesessen hatten. Jeder war in irgendeiner Form davon betroffen.

Haben Sie sich die Frage nach dem Warum gestellt? Vielleicht auch vor dem katholischen Hintergrund?

Was soll ich denen sagen? Dass das Gottes Wille ist? Das kann ich nicht, weil ich davon nicht überzeugt bin, denn was soll das für einen Sinn haben, dass Menschen sich gegenseitig das Leben zur Hölle machen? Ich bin da, um auszuhalten und anzuhören, nicht um Antworten zu geben. ■



Am Ostersonntag fand die Trauerfeier für die drei getöteten Soldaten auf dem Platz statt, wo vor wenigen Tagen der Konvoi ins Gefecht herausgefahren ist.



Der ehemalige Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) ist nach Kundus gekommen, um die drei Särge der gefallenen Soldaten im Regierungsbus mitnehmen zu können. Sichtlich bewegt spricht er den Soldaten sein Mitgefühl aus.



Am Ende des Appells fahren drei Panzer zum Hubschrauberplatz. Dort stehen zwei Maschinen bereit, welche die drei Särge nach Termiz fliegen.

Der Krieg und die Folgen

Der Zweite Weltkrieg und die Zeit der NS-Diktatur sind vorbei. Dennoch reichen die Schatten jener Zeit bis in die Gegenwart, denn in den Familien von damaligen Opfern und auch Tätern finden sich heute noch Spuren von traumatischen Erfahrungen als Gefühlserbschaften, auch wenn die nach 1945 geborenen Generationen Krieg, Verfolgung, Flucht und Tod nur von den Angehörigen und nicht aus eigenem Erleben kennen. Die sogenannte „transgenerationale Weitergabe“ ist das Thema von Prof. Dr. Angela Moré, Professorin für Sozialpsychologie an der Universität Hannover. Wir haben mir ihr gesprochen.

Was sind transgenerationale Kriegstraumata?

Wenn jemand im Krieg war und er diese Erfahrung nicht verarbeiten kann, das Erlebte also wegdrängt, dann spüren die Kinder des Betroffenen, dass es im Leben dieses Elternteils Bereiche gibt, an denen man besser nicht rühren sollte, weil die Eltern beispielsweise dem Gespräch ausweichen oder auch wütend auf Fragen reagieren. Es kommt dann zu affektiven Reaktionen, welche die Kinder nicht verstehen. Dies hat zur Folge, dass Kinder der Traumatisierten in sich sowohl den Drang zur Auflösung des von den Eltern vermittelten „Rätsels“ verspüren als auch ein Tabu, direkt nachzufragen. Die in der Übertragung wahrgenommenen Gefühle lösen Bilder und Fantasien aus und führen teilweise zum Ausagieren derselben in Handlungen. Dies nennt man transgenerationale Weitergabe.

Kann die Weitergabe von Traumata zwischen den Generationen übersprungen werden? Also von einer auf die übernächste Generation?

Es ist immer zuerst die nächste Generation betroffen. Wenn es in der betroffenen Generation Geschwister gibt, kommt es häufig sogar zu einer emotionalen „Arbeitsteilung“. Ein Geschwister beschäftigt sich intensiv mit dem Trauma eines Elternteils oder beider, die anderen möchten damit nichts zu tun haben und erklären die Schwester oder den Bruder gegebenenfalls für verrückt. Sich nicht mit der Traumatisierung oder Schuld der Eltern zu befassen und diese zu verdrängen oder zu verleugnen kommt einer Aufrechterhaltung des elterlichen Tabus gleich.

In der hebräischen Bibel heißt es: Gott wird euch strafen bis ins dritte und vierte Glied. Ist die Idee einer Erbschaft zumindest im religiösen Kontext nicht neu?

Ich denke, diese Erbschaft ist etwas, das in der menschlichen Psyche verankert ist. Es ist ein Teil menschlicher Entwicklung, der zu uns gehört. Vielleicht war das in früheren Generatio-

nen nicht so sichtbar, weil man mehr in größeren Familienverbänden aufgewachsen ist, quasi mehrere Generationen von beiden Eltern zusammen mit dem Gesinde unter einem Dach oder auf einem Hof lebten. Dadurch relativierten sich die Einflüsse einzelner Erwachsener auf Kinder. Die Forschung nimmt an, dass im Dreißigjährigen Krieg, weil durch ihn mehrere Generationen traumatisiert wurden, diese transgenerative Weitergabe zum ersten Mal intensiver in unserem Kulturkreis spürbar wurde, obgleich dies vielen Menschen nicht bewusst wurde. Dennoch entsteht, wie auch das Bibelzitat zeigt, eine Ahnung in verschiedenen Kulturen davon, dass sich befremdliche Verhaltensweisen von Nachkommen traumatisierter Menschen aus den schrecklichen Erlebnissen der vorhergehenden Generationen erklären lassen.

„Es gibt bei Kindern eine Tendenz, den Eltern das Leiden abnehmen zu wollen, denn der Erwachsene soll „heil“ sein im Sinne einer gesunden Vitalität, damit er sich um das Kind kümmern kann. Es möchte dem Erwachsenen das Schmerzhaft abnehmen, aber es reinszeniert auch das bei der Mutter Erspürte, um es besser verstehen zu können.“

Es gibt prominente Beispiele wie das des Schriftstellers Hanns-Josef Ortheil. In „Die Erfindung des Lebens“ erzählt er die Geschichte seiner Kinderjahre. Weil seine Mutter nach dem Verlust der vier Söhne im Zweiten Weltkrieg ihre Sprache verloren hat, bleibt Ortheil bis zu seinem siebenten Lebensjahr stumm.

Hier könnte man zunächst denken: Wie soll ein Kind sprechen lernen, wenn die Mutter nicht spricht? Aber es gab ja noch andere Menschen im Umfeld des kleinen Hanns-Josef. So liegt es nahe anzunehmen, dass dieses Kind das Verhalten seiner Mutter imitiert. Es spürt, dass das Sprechen für die Mutter ein Tabu ist, ebenso wie das Fröhlichsein. Ein Kind identifiziert sich mit der Mutter. Aber es gibt bei Kindern auch eine Tendenz, den Eltern das Leiden abnehmen zu wollen, denn der Erwachsene soll „heil“ sein im Sinne einer gesunden Vitalität, damit er sich um das Kind kümmern kann. Es möchte dem Erwachsenen das Schmerzhaft abnehmen, aber es reinszeniert auch das bei der Mutter Erspürte, um es besser verstehen zu können.

Gibt es Unterschiede hinsichtlich des innerfamiliären Konflikts in Täter- und Opferfamilien in Bezug auf das Thema Schuld?

Es gibt Unterschiede. Wenn beispielsweise ein Häftling Auschwitz überlebt hat, schämt er sich im Laufe seines Lebens dafür, dass er überlebt hat. Vielleicht musste er sogar für sein Überleben das Brot oder die Kleidung eines Mithäftlings stehlen, wie es z. B. Primo Levi als ganz normale Realität des Lageralltags schildert. Das bezeichnet man als die sogenannte Überlebensschuld. Besonders tragisch ist es, wenn zusätzlich noch die eigenen Kinder oder nahe Familienmitglieder vernichtet wurden. Dann kommt bei den Überlebenden die Frage nach dem Sinn des Weiterlebens auf. Sie fühlen sich in gewisser



© Prof. Dr. Moré

Prof. Dr. Angela Moré ist außerplanmäßige Professorin für Sozialpsychologie an der Leibniz Universität Hannover und zudem Gruppenanalytikerin. Bisher war sie an verschiedenen Universitäten und Hochschulen im In- und Ausland tätig. Im Jahr 2018/19 Fellow am Zentrum für Interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld im Forschungsprojekt „Felix culpa - Zur kulturellen Produktivität von Schuld“. Forschungsgebiete sind psychoanalytische Sozial- und Entwicklungspsychologie, Genderforschung, sozialpsychologische Zugänge zu Kultur- und Ideengeschichte, transgenerationale Weitergabe von Traumata und Schuld sowie unbewusste Prozesse in Klein- und Großgruppen.

Weise den Toten stärker verbunden als den Lebenden. Bei den Tätern ist die Schuldfrage eine ganz andere. Je größer die Schuld ist, desto größer ist die Abwehr. Das gilt nicht nur für Nazitäter, sondern auch für Politiker wie beispielsweise Milošević, der ebenfalls unfähig war, Schuld anzuerkennen. Täter haben die Tendenz, sich als Opfer der Umstände zu präsentieren oder sich auf Befehlsnotstand zu berufen. Wenn man die NS-Ideologie genauer betrachtet, stellt man fest, dass es im Vorfeld schon paranoide Zuschreibungen gab, die auf die Opfer bzw. Juden projiziert wurden. Man hat sich quasi die Legitimation verschafft, gegen die konstruierte vermeintliche „Gefahr“ vorzugehen. So konnte bei den Tätern und Mitläufern kein Schuldbewusstsein

für den millionenfachen Mord an Juden auftreten. Es braucht zur Bewältigung und nachträglichen Trauer nachkommende Generationen, die sich mit der Vergangenheit auseinandersetzen.

Sie behandeln eine höchst aktuelle Thematik. Warum tun sich die deutschen Politikerinnen und Politiker dennoch schwer damit, das Wort „Krieg“ im Kontext der Bundeswehreinsätze zu benutzen?

Ich denke, es gibt eine Scheu aufgrund der historischen Erfahrungen. Deutschland hat zwei schreckliche Weltkriege entscheidend mit verschuldet. Das führte verständlicherweise zu großem Misstrauen in der europäischen Nachbarschaft und in Israel. Bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht von Kriegshandlungen zu sprechen, hat mit der problematischen deutschen Vergangenheit zu tun. Und man möchte sich nicht mit der militaristischen deutschen Tradition identifizieren.

Ebenso kehren auch Bundeswehrsoldaten aus dem Krieg zurück. Inwieweit sind in diesen Familien die Kinder gefährdet?

Das hängt davon ab, wie groß oder klein die Kinder sind. Selbstverständlich bekommen sie mit, dass mit dem Papa oder der Mama nach einem Auslandseinsatz etwas nicht stimmt, wenn diese ein Trauma erlitten haben. Oft wird innerhalb der Familie nicht darüber gesprochen. Das ist ein Fehler. Wenn Mütter den Kindern erklären können, warum der Papa in bestimmten Situationen so reagiert, wie er reagiert, dann verstehen Kinder das besser und müssen möglicherweise nichts reinszenieren und imitieren.

Das heißt auch, dass man die Kette der emotionalen Weitergabe durch Kommunikation durchbrechen kann? Es gibt gute Gründe, das zu hoffen. Zudem müssen traumatisierte Soldaten gute und langfristige traumatherapeutische Angebote bekommen. Ebenso ist therapeutische Unterstützung für betroffene Kinder notwendig. ■

Vielen Dank für das sympathische Gespräch!

Die Ächtung der Atomwaffen als Beginn nuklearer Abrüstung

Erläuterungen zum Positionspapier von „Justitia et Pax“

Die nukleare (Ab-)Rüstung markiert einen zentralen Bestandteil der friedensethischen Debatten des 20. und 21. Jahrhunderts. Gerade in Deutschland war die Furcht vor der immensen Zerstörungskraft nuklearer Waffen stets präsent, weil das geteilte Deutschland ein potenzielles Einsatzgebiet während des Kalten Krieges war.

Doch die Fragen um die Notwendigkeit solcher Waffensysteme sowie deren ethische und rechtliche Beurteilung bewegen nicht nur die Menschen in Deutschland, sondern weltweit. Wiederholt hat sich daher die katholische Kirche der nuklearen Bedrohung zugewandt. So betonen die deutschen Bischöfe in ihrem Hirtenwort **„Gerechter Friede“** aus dem Jahr 2000 die damalige friedentheologische Position, **„dass die Strategie der nuklearen Abschreckung nur befristet und verbunden mit der Pflicht, mit allen Anstrengungen nach Alternativen zur Androhung von Massenvernichtungswaffen zu suchen, ethisch toleriert werden könne“**.

(Gerechter Friede 2)

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen und neuerer päpstlicher Äußerungen hat die Deutsche Kommission „Justitia et Pax“ diese Position einer kritischen Überprüfung unterzogen. Sie kommt zu dem Schluss, dass die bedingte Zustimmung zum Besitz von Atomwaffen ethisch nicht mehr zu rechtfertigen sei. Der Einsatz für eine friedliche Welt verlangt viel mehr eine internationale Ächtung von Atomwaffen und eine gemeinsame Abrüstung.

Mehr Informationen:
Die Ächtung der Atomwaffen als Beginn nuklearer Abrüstung: https://www.justitia-et-pax.de/jp/publikationen/pdf/guf_137.pdf

Für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ist das Positionspapier der Deutschen Kommission Justitia et Pax zur „Ächtung der Atomwaffen als Beginn nuklearer Abrüstung“ vom Juli 2019 ein wichtiger Beitrag zur sicherheitspolitischen Diskussion.

Die GKS weiß sich mit Justitia et Pax in dem Ziel einig, auf dem Weg zu einer friedlichen Welt Nuklearwaffen abzuschaffen. In gleicher Weise fordern auch wir, in der jetzigen instabilen Lage und nach Kündigung des INF-Vertrages neue Verhandlungen zu einer nuklearen Abrüstung zu initiieren und die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen zu verhindern.

Mit Justitia et Pax stimmen wir in der Bewertung überein, dass ohne Vertrauen keine Abrüstung zu erreichen ist. Die GKS sieht aber keine Veranlassung, die 1983 in der Erklärung der deutschen Bischöfe „Gerechtigkeit schafft Friede“ vertretene und 17 Jahre später in „Gerechter Friede“ bestätigte Auffassung als obsolet zu betrachten, nach der die Strategie der nuklearen Abschreckung nur befristet und ethisch nur zusammen mit der Pflicht tolerierbar sei, mit allen Anstrengungen nach Alternativen zur Androhung zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu suchen.

Bei einer nüchternen Beurteilung der sicherheitspolitischen Lage ist festzustellen, dass in den vergangenen Jahren zunehmend Misstrauen und nicht Vertrauen in den internationalen Beziehungen zugenommen hat; siehe die russische Annexion der Krim und die Intervention in der östlichen Ukraine oder die nukleare Bedrohung durch Nordkorea.

Das größte Risiko für Deutschland in einer konventionellen Bedrohungslage ist die Abkopplung von den USA. Deutschlands, Europas, Japans und Südkoreas Sicherheit hängen von den USA und ihrer nuklearen Abschreckungsfähigkeit ab. Mit einer rein konventionellen Rüstung und mit nationalen Antworten wäre dieses Maß an

Sicherheit nicht zu erreichen, vor allem vor dem Hintergrund der hybriden und asymmetrischen Bedrohung in unserer modernen Zeit. Vielmehr würde durch eine einseitig vollständige nukleare Abrüstung die internationale Lage noch instabiler und bewaffnete Konflikte dadurch wahrscheinlicher werden.

Die GKS ist der Auffassung, dass eine Ächtung der Nuklearwaffen derzeit nicht geboten ist

Folglich kann eine totale atomare Abrüstung nur Ergebnis einer politischen Entspannung sein und nicht an ihrem Anfang stehen. Vielmehr könnte sich angesichts der Tatsache, dass das nukleare Wissen in der Welt ist, eine solche sogar als Willkürhandeln begünstigend und damit ethisch falsch erweisen. Die GKS ist daher der Auffassung, dass die bedingte Tolerierung der nuklearen Abschreckung mangels überzeugend die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Konflikte reduzierender Alternativen weiterhin angemessen und eine Ächtung der Nuklearwaffen derzeit nicht geboten ist.

Eine Welt ohne Nuklearwaffen ist vorerst nicht zu erreichen. Dennoch ist dieses Ziel entschlossen im Auge zu behalten und die Energie darauf zu konzentrieren, durch Verhandlungen, vertrauensbildende Maßnahmen wie Rüstungskontrolle und der Verlängerung bestehender Verträge (z. B. „NEW START“) sowie konkrete Abrüstungsschritte in Einzelbereichen zu erzielen, um nicht in die Falle eines neuen Rüstungswettlaufes unbekanntem Ausmaßes zu geraten.

Bis zum Erreichen einer nuklearfreien Welt sollte in dem Bereich nuklearer Sicherheit tätigen Menschen und Staaten nicht die moralische Integrität abgesprochen, sondern sie in ihren differenziert-anspruchsvollen Bemühungen unterstützt werden, den Frieden in der Welt zu erhalten und zu stärken. ■

**ALS NACH
65 JAHREN**

**DAS ERSTE MAL
WIEDER DAS
WORT KRIEG
FÄLLT.»**

Das Wort „Krieg“ – Ein Tabu in unserer Gesellschaft?

Von Nadin Schley

Die Afghanistan-Mission der Bundeswehr galt in der deutschen Politik und Gesellschaft lange Zeit als Friedens- später als Stabilisierungseinsatz. Die deutschen Soldaten wurden als Friedenstruppe verstanden. Erst als die Gewalt in Afghanistan eskalierte, änderte sich das Bild und die Wahrnehmung der Bundeswehreinheiten in der Öffentlichkeit. Nach dem „schwarzen Karfreitag“ 2010, als in der nordafghanischen Provinz Kundus drei Soldaten in einem stundenlangen Gefecht getötet wurden, sprach der Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg als erster deutscher Politiker von einem Krieg. Die Soldatinnen und Soldaten waren ihm dankbar dafür, denn für sie bedeutete das in erster Linie die Anerkennung ihrer Arbeit und der Gefahren, denen sie ausgesetzt sind. Und doch, es gibt viele Umschreibungen für einen Krieg, den man so nicht nennen will. Die Ereignisse des 11. September 2001 in New York markieren den Anfangspunkt einer deutschen Debatte um eine zunächst potenzielle, ab Anfang 2002 eine tatsächliche Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan. So sprach die Bundeskanzlerin Angela Merkel im Zusammenhang mit den Bundeswehreinheiten gelegentlich vom „militärischen Einsatz“, der derzeitige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ging 2015 vor dem Deutschen Bundestag sogar so weit, dass der Bundeswehreinheit gegen die Terrororganisation ISIS in Syrien eine „militärische Auseinandersetzung“ sei. Das Wort „Krieg“ wird dennoch in der Bundesregierung umschifft. Deutschland sei in keinem Krieg, „weil wir keinen Staat bekämpfen“, sagte einmal die damalige Verteidigungsministerin und heutige Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen. Ihre Definition ist juristisch korrekt. Die 1899 vereinbarte und 1907 in Den Haag überarbeitete

© Flickr

„Der Bilderskandal (Anmerkung der Redaktion: Totenkopffaffäre 2006) bringt etwas näher, was wir uns lieber fernhalten wollen. Das ist die Auseinandersetzung darüber, was Afghanistan bedeutet: Krieg. Jedenfalls eher Krieg als Frieden, und vielleicht sogar einen Krieg, dessen Sieger nicht feststeht. Und dass auch Deutschland, nicht weniger als jedes andere Land, von Soldaten verlangt, für politische Ziele ihr Leben in die Waagschale zu werfen.“
(Zastrow in FAZ 29.10.2006)

„Man muss nur einmal den Alten zuhören, wenn sie vom Krieg erzählen. Den betagten Eltern, den Großeltern, den greisen Tanten. Da bleiben keine semantischen Zweifel. Krieg, das ist nicht irgendein Feldzug. ‚Der Krieg‘ – das ist der Zweite Weltkrieg. Brennende Städte, Millionen Tote. Väter, Söhne, Brüder, die nicht mehr nach Hause kamen. Man kann nicht vom Krieg sprechen in Deutschland, ohne vom Zweiten Weltkrieg zu sprechen. Das war bei den Balkankriegen in den neunziger Jahren so, das ist jetzt wieder so beim Bundeswehreinheit in Afghanistan.“ (Wefing in ZEIT ONLINE 12.11.2009)

„Die Deutschen sind das schwächste Glied in der ISAF-Kette, weil sie als Einzige jedes Jahr über das Mandat abstimmen. Es ist zweifellos ein Ziel der Taliban, unsere Debatte zu beeinflussen.“
(Peter Timm, in Kabul tätiger Ingenieur)

„Mohammed Daud ist besser ausgerüstet als die deutschen Soldaten. Er verfügt über Panzer, diese hingegen nicht über panzerbrechende Waffen. Der regionale Fürst könnte die Deutschen jederzeit aus seinem Gebiet vertreiben. Allerdings hätte er dann wohl die US-Luftwaffe am Hals, die nicht unter UN-Mandat, sondern im Rahmen der Operation Enduring Freedom operiert, also einen Kampfauftrag erfüllt. Krieg und Frieden scheinen sich in Afghanistan nicht eindeutig voneinander trennen zu lassen.“
(Gaus in taz 28.02.2004)

„In Kundus [...] erprobt die Bundeswehr ein neues Konzept, so die offizielle Information. ‚PRT‘ nennt sich das und steht für ‚Provincial Reconstruction Team‘, was heißt: zivilmilitärische Zusammenarbeit. Was heißt: Die Soldaten kämpfen hier nicht und bauen auch keine Brunnen. Sie fahren durch die Gegend, zeigen Präsenz und protokollieren. Wird ein neues Klassenzimmer benötigt, stellen sie den Kontakt zu einer NGO her, die dann mit deren Geld baut. So weit die Theorie.“
(Kober in taz 28.09.2005).

In der Berichterstattung zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zeigen sich wiederholt Kontroversen. Dies betrifft die Unterscheidung von International Security Assistance Force (ISAF) und Operation Enduring Freedom (OEF), die semantischen Kämpfe um Begriffe wie Einsatz, Intervention, Krieg und Frieden sowie die Auseinandersetzung mit Konzepten bzw. Praktiken zivil-militärischer Zusammenarbeit.

„Haager Landkriegsordnung“ ging davon aus, dass Kriege von Staaten geführt werden. Im 21. Jahrhundert gibt es die zwischenstaatlichen Kriege jedoch kaum noch. Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung zählte 2018 „a total of 374 conflicts worldwide“. In keinem einzigen bekämpften sich zwei Staaten. Dass die Bundesregierung folgerichtig den Kriegsbegriff vermeidet, ist juristisch verständlich. Es ist aber auch eine politische (Fehl-)Entscheidung. Im Oktober 2006 gelangten Fotos von deutschen Soldaten, die mit Totenschädeln posierten, an die deutsche Öffentlichkeit. Der Fokus der Berichterstattung lag auf der Beschädigung des Ansehens der Bundeswehr als verantwortungsvolle Streitkraft innerhalb der deutschen Bevölkerung sowie auf der Vermutung, dass die posierenden Soldaten durch ihr erniedrigendes Handeln ihre Macht zur Schau stellten. Das ist in der Geschichte der Kriege und Konflikte kein Einzelfall. Dennoch ist der Ausgangspunkt ein anderer: Die Bundeswehrsoldaten wurden von der Bundeswehr, von der Politik und auch von den Medien vor und zu Beginn des Einsatzes nicht als „klassische“ Soldaten porträtiert, sondern als humanitär handelnde Zivilisten. Der Bruch zwischen diesem öffentlichen Bild von den Soldaten und den posierenden Soldaten ist demnach viel größer als bei Soldaten, die von vornherein als kriegerisch-militärisch konstruiert werden.

Der Umgang mit dem Kriegsbegriff wird häufig als eine spezifisch deutsche Problematik angesehen. Gründe, warum das so ist, sind der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Man kann in Deutschland nicht von einem Krieg sprechen, ohne den Zweiten Weltkrieg vor Augen zu haben. Wir denken dabei an die maximale Verwüstung und Vernichtung der zivilen Bevölkerung. Dieses Bild des Krieges machte auch die Debatte über den Einsatz in Afghanistan so emotional – und das nicht nur im Bundestag, sondern oder vor allem in der Berichterstattung des heimatischen Pressediskurses, wie die Zitate zeigen. ■

Quelle: Heimatdiskurs. Wie die Auslandseinsätze der Bundeswehr Deutschland verändern. Von Michael Daxner und Hannah Neumann. EditionPolitik



- 1 In dem Plan ist von einem „entmilitarisierten“ Palästinenserstaat die Rede. Netanjahu sagte dazu, die in Gaza herrschende islamistische Hamas müsse entwaffnet und der Küstenstreifen entmilitarisiert werden.
- 2 Keine Zweistaatenlösung in Sicht: Abu Dis bei Jerusalem hat 30.000 Einwohner, 36 Quadratkilometer und ein Rathaus. Dass der kleine Vorort palästinensische Hauptstadt werden könnte, scheint absurd.

Trumps Angriff auf die Arabische Liga Der NAHOSTPLAN, der kein Plan ist

Text: Nadin Schley

Donald Trump hat im Beisein des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu seinen lange erwarteten Friedensplan für den Nahen Osten vorgestellt. Der Plan könnte aufgehen – allerdings nur für den US-Präsidenten. Schließlich sind am 03. November 2020 US-Präsidentschaftswahlen.

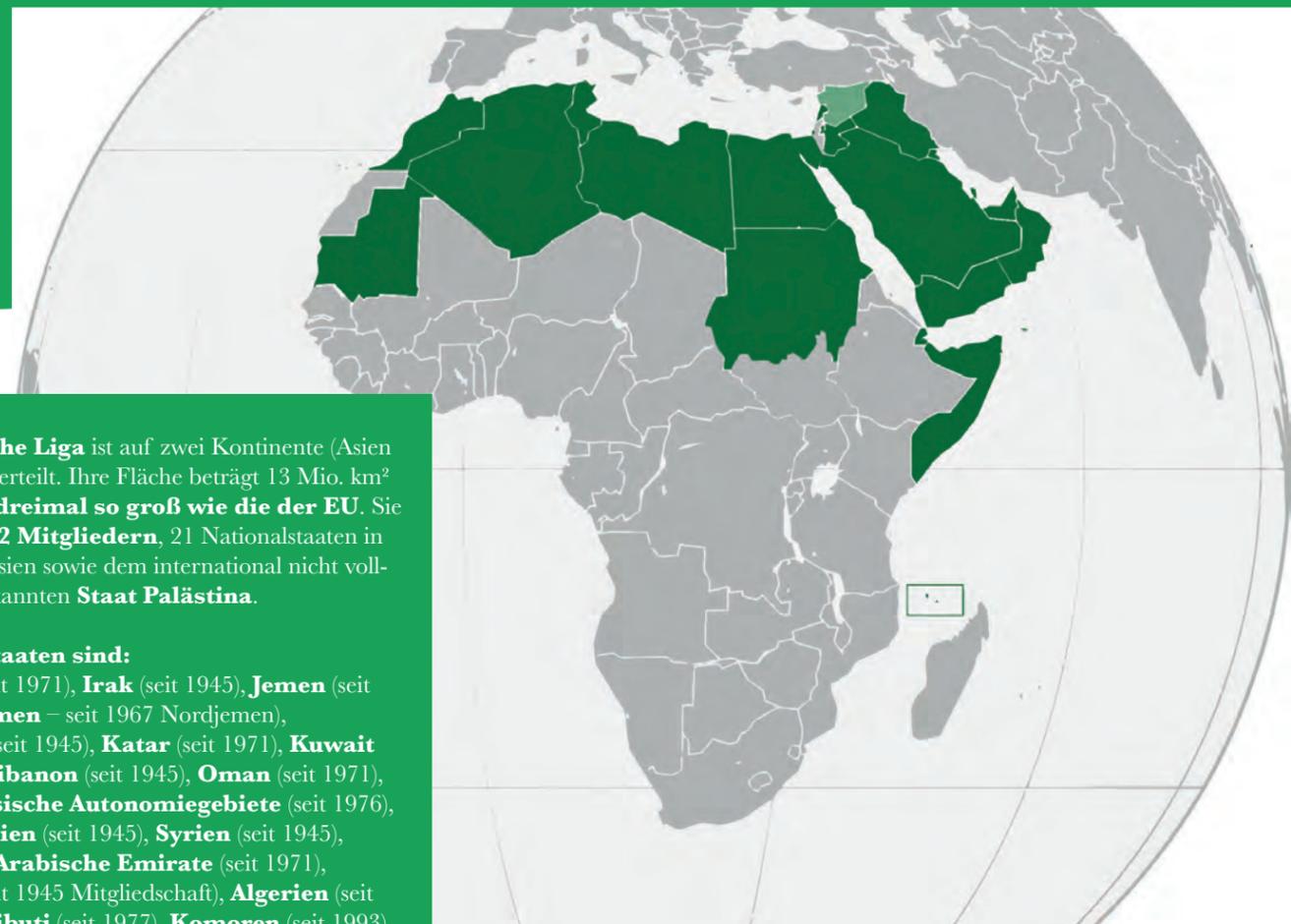
Der drei Jahre hatte Trump an dem Plan arbeiten lassen, mit dem er den Konflikt zwischen Israel und Palästinensern lösen wollte. Nur Netanjahu war zur Präsentation eingeladen. Offenbar hat Trump aus vergangenen gescheiterten Versuchen den Schluss gezogen, dass es einfacher sei, nur einen Vertrag mit nur einer Vertragspartei zu schließen. Das war in diesem Fall die israelische Regierung. Der Palästinenserpräsident Mahmud Abbas und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) wurden nicht eingeladen. Das sorgt verständlicherweise für Missmut. Tatsächlich hatten die Palästinenser aber die Gespräche mit der US-Regierung schon früher abgebrochen, weil Trump zahlreiche umstrittene Forderungen Israels erfüllt hatte etwa die Anerkennung der von Israel besetzten Golanhöhen ebenso

wie die Verlegung der amerikanischen Botschaft nach Jerusalem. Doch Trump machte einfach weiter. Seine Vorstellungen gipfeln im Nahostplan, der kein Plan ist. Bei dem Krisentreffen der Arabischen Liga zu Trumps Plan bekräftigte Abbas den Abbruch aller Beziehungen zu Israel und den USA. Da frühere Abmachungen und internationales Recht nicht eingehalten würden, werde es keine Beziehungen zu beiden Staaten mehr geben. Abbas betonte außerdem, dass dies auch für Sicherheitsabkommen gelte. Der Plan sei eine Demütigung und kein Schritt in Richtung Frieden. In mehreren Orten im Gazastreifen und im Westjordanland gingen die Menschen deshalb auf die Straße. Die Führung der Palästinenser hatte zuvor zu den „Tagen des Zorns“ aufgerufen. Trump müsste klar sein, dass der „härteste Deal von allen“, wie er ihn nennt, wenig Chancen hat. Doch an dieser Stelle ist es wichtiger für ihn, klarzumachen, auf welcher Seite er steht. Schließlich stehen die nächsten Präsidentschaftswahlen an und bei konservativen jüdischen Wählern in wichtigen Staaten wie Florida macht das Eindruck. Sein Plan wird wahrscheinlich funktionieren – aber leider nicht im Nahen Osten. ■

[Hintergrund zur Arabischen Liga und zum Nahost-Konflikt >>](#)



Die Arabische Liga auf einen Blick



Die Gründung der Arabischen Liga kann als Reaktion auf die weltpolitische Entwicklung während des Zweiten Weltkriegs gewertet werden. Die geänderte Haltung der britischen Regierung infolge des Vormarschs deutscher und italienischer Truppen in Nordafrika veranlasste den britischen Außenminister Anthony Eden, die Araber zur Bildung einer politischen Einheit aufzurufen, wovon er sich für Großbritannien eine langfristige Sicherung seiner Interessen versprach. Indessen hatten die verschiedenen arabischen Regierungen jedoch eigene Vorstellungen von einer arabischen Einheit. Ägypten stellte sich bald als treibende Kraft heraus. Es nahm eine Vermittlerposition zwischen den verschiedenen Interessen und Staaten ein. Nach einem ersten Vorbereitungstreffen in Alexandria im September 1944 wurde am 07. Oktober desselben Jahres das „Protokoll von Alexandria“ unterzeichnet, das einen lockeren Zusammenschluss in Form einer Liga unabhängiger Staaten vorsah. Ein „politisches Subkomitee“ traf sich daraufhin im Februar und März 1945 in Kairo, um den Entwurf eines Paktes für die Arabische Liga auszuarbeiten. Dieser wurde dem Vorbereitungskomitee vorgelegt, der es am 22. März 1945 unterzeichnete. Der „Pakt der Liga der Arabischen Staaten“ trat am 11. Mai 1945 in Kraft.

Palästinakrieg

Der erste große Härtefall für die junge Liga war der Palästinakrieg von 1949, der verloren ging. Nachdem die britische Regierung am Ende des Zweiten Weltkriegs deutlich werden ließ, sie wolle auch das Mandatsgebiet Palästina als Schutzmacht verlassen, musste eine Lösung für diesen Raum gefunden werden. Die wachsende jüdische Einwanderung infolge des Holocausts in Europa verärgerte die arabische ansässige Bevölkerung, die auf diesem Gebiet einen unabhängigen Staat für sich beanspruchte. **Die Vereinten Nationen beschlossen daraufhin einen Teilungsplan für Palästina, der das Gebiet in einen jüdischen und in einen arabischen Staat unterteilte und Jerusalem als neutrales „Corpus separatum“ deklarierte.** Als sich schließlich die britischen Alliierten zurückzogen, kam es zu einer arabischen Invasion, nachdem Israel seine Unabhängigkeit erklärt hatte.

Israel konnte sein Staatsgebiet erweitern, lediglich der Gazastreifen (Ägypten) und die Westbank (Jordanien) blieben unter arabischer Führung, die Stadt Jerusalem wurde geteilt. Die Arabische Liga beschloss nach dem Waffenstillstand mit Israel eine Intensivierung der Sanktionen gegen Israel, was zu einem über 50 Jahre währenden Boykott Israels durch die Arabische Liga führte. Die Arabische Liga wirkte am Aufbau der Palästinensischen Befreiungsorganisation mit, die gewaltsam zur Befreiung Palästinas aufrief und für viele gezielt gegen Israel gerichtete Anschläge in den folgenden Jahren verantwortlich war. Ein zweiter Versuch arabischer Staaten, Israel zu vernichten, scheiterte im Sechstagekrieg. Israel kontrollierte den gesamten Sinai, den Gazastreifen, die Westbank und die Golanhöhen sowie Jerusalem. Im September desselben Jahres bekräftigten die Mitglieder der Arabischen Liga bei einer Resolution ihre Haltung gegenüber Israel. Nach einem Überraschungsangriff Syriens und Ägyptens im Oktober 1973 am höchsten Feiertag des jüdischen Kalenders konnte die israelische Armee ebenfalls die drohende Vernichtung abwehren.

1979 wurde Ägypten aus der Liga ausgeschlossen, da dessen Präsident Anwar as-Sadat einen Friedensvertrag mit Israel geschlossen hatte. Das Hauptquartier wurde daraufhin nach Tunis verlegt, ehe zehn Jahre später Ägypten wieder aufgenommen wurde und der Sitz nach Kairo zurückkehrte. Zu Beginn der 1980er Jahre verlegte sich der Fokus der Araber auf einen weiteren Konflikt. Im Zuge der Islamischen Revolution 1979 kam es ein Jahr später zu einem Krieg zwischen dem Iran und dem Irak. Die Arabische Liga befürchtete die Expansion der Revolution und unterstützte den irakischen Präsidenten, Saddam Hussein. Der Erste Golfkrieg endete nach acht Jahren durch einen Waffenstillstand ohne Sieger nach hohen Verlusten auf beiden Seiten.

Nachdem Israelis und Palästinenser Anfang der 1990er Jahre erstmals Kompromisse über den Status Palästinas fanden, schlossen Israel und Jordanien 1994 einen Friedensvertrag ab. Auch die Beziehungen zu den Golfstaaten verbesserten sich und es wurden Handelsbeziehungen aufgenommen. 2002 einigte sich die Arabische Liga auf eine gemeinsame Friedensinitiative gegenüber Israel, in der man die Aufnahme normaler Beziehungen bei gleichzeitiger Rückgabe der be-

Die **Arabische Liga** ist auf zwei Kontinente (Asien und Afrika) verteilt. Ihre Fläche beträgt 13 Mio. km² und ist etwa **dreimal so groß wie die der EU**. Sie besteht aus **22 Mitgliedern**, 21 Nationalstaaten in Afrika und Asien sowie dem international nicht vollständig anerkannten **Staat Palästina**.

Mitgliedsstaaten sind:

Bahrain (seit 1971), **Irak** (seit 1945), **Jemen** (seit 1945 **Südjemen** – seit 1967 Nordjemen), **Jordanien** (seit 1945), **Katar** (seit 1971), **Kuwait** (seit 1961), **Libanon** (seit 1945), **Oman** (seit 1971), **Palästinensische Autonomiegebiete** (seit 1976), **Saudi-Arabien** (seit 1945), **Syrien** (seit 1945), **Vereinigte Arabische Emirate** (seit 1971), **Ägypten** (seit 1945 Mitgliedschaft), **Algerien** (seit 1962), **Dschibuti** (seit 1977), **Komoren** (seit 1993), **Libyen** (seit 1953), **Marokko** (seit 1958), **Mauretanien** (seit 1973), **Somalia** (seit 1974), **Sudan** (seit 1956), **Tunesien** (seit 1958)

setzten Gebiete an die Palästinenser versprach. Die Reaktion der israelischen Regierung war allerdings zurückhaltend, auch im Kontext der Zweiten Intifada, die zu Terroranschlägen von palästinensischen Organisationen im Kernland Israels führten und viele zivile Opfer forderte. 2007 erneuerten die Führer der Arabischen Liga bei einem Gipfel in Riad ihr Angebot, das von israelischer Seite aber nicht aufgegriffen wurde.

Die Liga lehnte 2003 eine Beteiligung am Irakkrieg ab. Dennoch nutzten die USA und ihre Verbündeten Luftwaffenstützpunkte in den Golfstaaten. Die neue Regierung des Irak wird von der Arabischen Liga immens unterstützt. Im März 2012 fand erstmals ein Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Bagdad statt. Im Zuge des Bürgerkrieges in Syrien wurde die Mitgliedschaft der Regierung des Landes suspendiert. Die Liga wurde seitdem geprägt vom Streben Saudi-Arabiens, den Einfluss Irans zu bekämpfen. Damit wurde die Arabische Liga faktisch handlungsunfähig. ■

HINTERGRUND

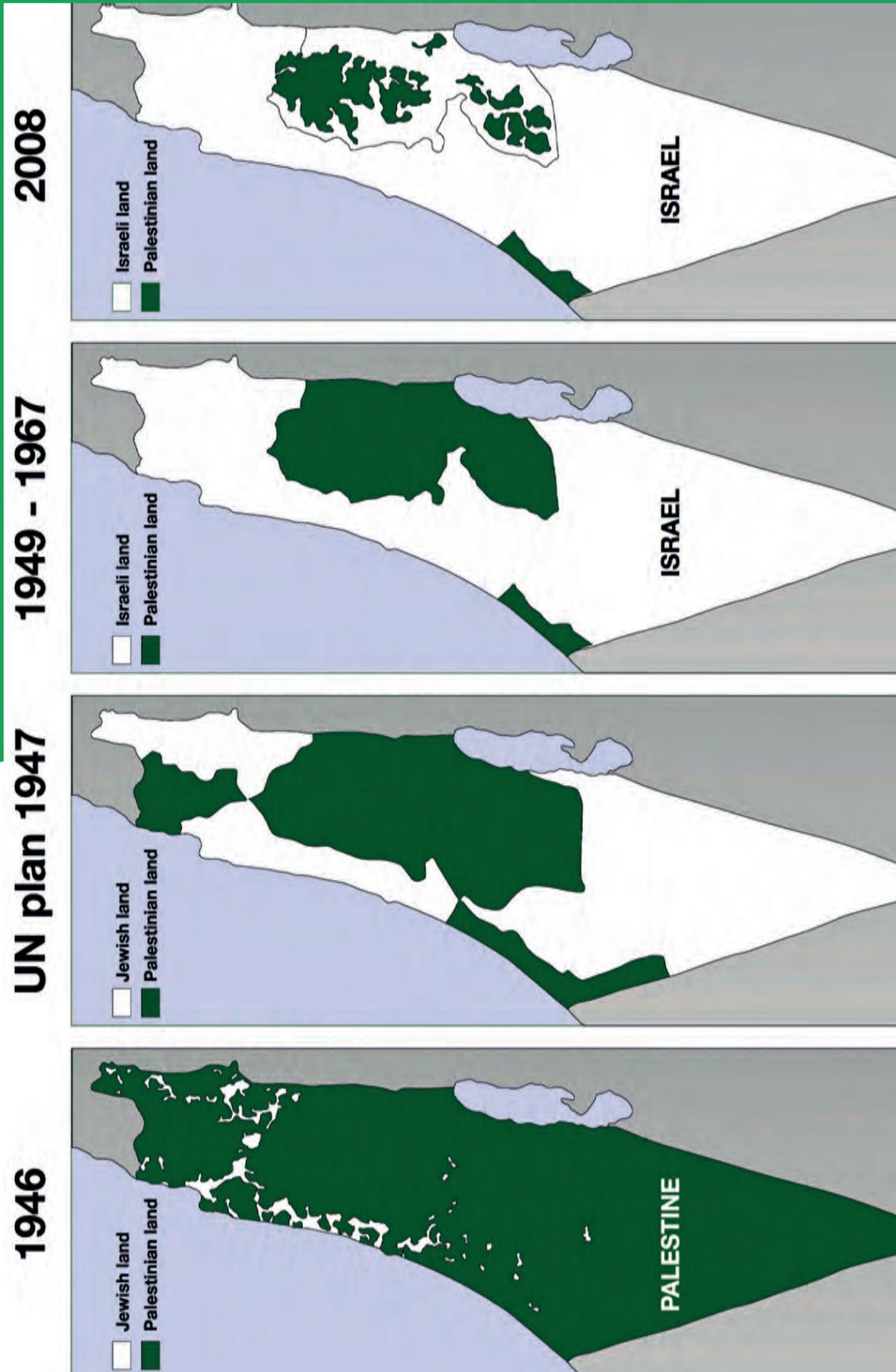
Die Arabische Liga ist eine internationale Organisation arabischer Staaten. Die Organisation wurde am **22. März 1945 in Kairo** gegründet und hat dort auch ihren Sitz.

ZIELE

- Förderung der Beziehungen der Mitgliedsstaaten auf politischem, kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet
- Wahrung der Unabhängigkeit und Souveränität der Mitgliedsstaaten und der arabischen Außeninteressen
- Anerkennung Palästinas als unabhängiger Staat
- Verhütung und Schlichtung von Streitfällen der Mitglieder untereinander

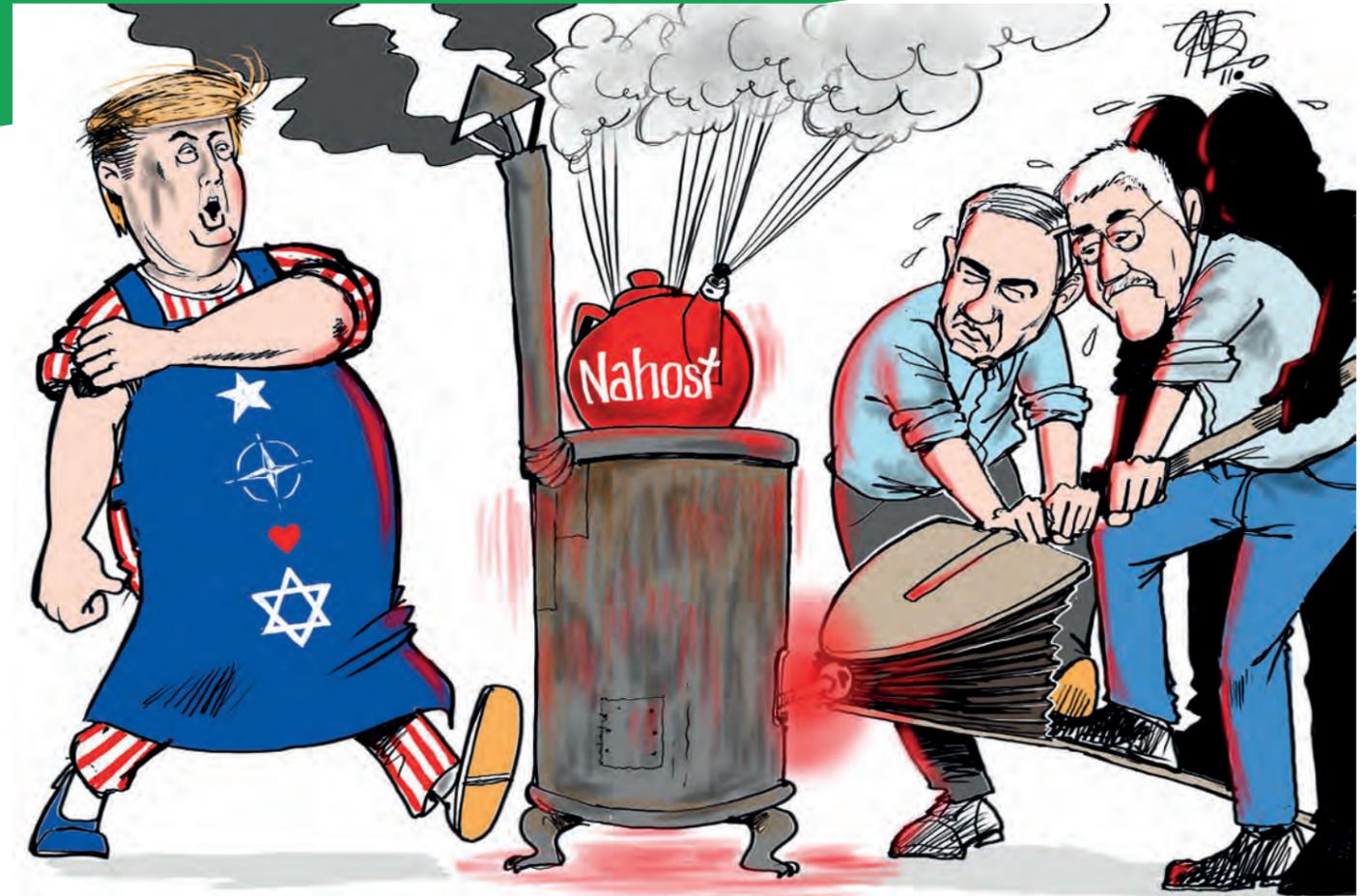
ORGANE

Der Rat der Arabischen Liga tagt halbjährlich. Das Sekretariat wird von einem Generalsekretär geleitet. Die Einrichtung eines Arabischen Parlamentes befindet sich noch im Aufbau, ein provisorisches Parlament wurde im Kairoer Liga-Hauptquartier eingerichtet. Gipfeltreffen finden bei Bedarf auf Ebene der Staatsoberhäupter statt.



Israel konnte sein Staatsgebiet erheblich erweitern, lediglich der Gazastreifen (Ägypten) und die Westbank (Jordanien) blieben unter arabischer Führung, Jerusalem wurde geteilt.

Karikatur der Ausgabe Als Standpunkt zum Thema



"Das erledige ich lässig -- ohne Topflappen"

TRILOGIE

Das Wort Frieden im Judentum

In den nächsten Ausgaben stellen unsere Autorinnen und Autoren die Bedeutung des Wort Friedens in den drei großen Buchreligionen (Talmud, Koran und Bibel) vor. >>





© Nachama

Rabbiner Prof. Dr. Andreas Nachama ist Vorsitzender der Allgemeinen Rabbinerkonferenz Deutschlands und Rabbiner der Jüdischen Gemeinde Sukkat Schalom in Berlin.

Nachama ist ein deutscher Historiker, Publizist und Rabbiner. Er war langjähriger geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors.

Von 1972 bis 1981 studierte Nachama an der FU Berlin Geschichte und Judaistik. Zeitweilig besuchte er als Gaststudent das Leo Baeck College in London und hörte auch Vorlesungen in Israel. Das Studium schloss er mit dem Magister Artium 1976 und der Promotion 1981 ab. Schon während des Studiums arbeitete Nachama von 1977 bis 1981 als freier Journalist für verschiedene Radio- und Fernsehsender. Seit dieser Zeit veröffentlichte er allein und in Zusammenarbeit mit anderen mehrere Bücher und veröffentlichte Artikel in diversen Zeitungen und Zeitschriften.



© Pixabay

FRIEDEN IN DER JÜDISCHEN TRADITION

Im deutschen Sprachgebrauch kommt das Wort „Frieden“ von dem „Einzaunen“. Ein Friedhof beispielsweise ist ein eingezäuntes Grundstück. Das hebräische Wort „Schalom“ für Frieden stammt von der Wortwurzel „Shin-lamet-mem“, das mit „Vollkommenheit“ übersetzt werden könnte. In anderen Worten: Im deutschen Sprachkeis bedeutet „Frieden“, wenn die Grenzen halten, im Hebräischen, wenn auch die, die hinter der Grenze leben, in die Entspannung einbezogen sind – im Sinne eines „umfassenden Heils“. Abgesehen davon, dass das Wort „Frieden“ auch in der hebräischen Bibel eine große Rolle spielt, haben insbesondere die Rabbiner des Talmud durch Zusatzgebete dazu beigetragen, dass dieses hebräische Wort und seine Ableitungen im jüdischen Gebetbuch – sieht man mal von „Gott“ und „lobpreisen“ ab – zu den häufigsten Begriffen zählen.

„Frieden bedeutet in der jüdischen Tradition zuerst, die oft gegensätzlichen Positionen zu versöhnen.“

Das Streben nach einem gewaltlosen Miteinander sehen die rabbinischen Gelehrten des Talmud auf allen Ebenen menschlicher Beziehungen als erstrebenswert an: Frieden solle sowohl zwischen den Ehepartnern, zwischen Eltern und Kindern oder zwischen Nachbarn herrschen als auch zwischen Städten und Nationen. Gleichwohl verbietet es sich, die Position der jüdischen Tradition als rein pazifistisch zu kennzeichnen. Die rabbinischen Autoritäten kennen den universalen Frieden nur als Verheißung für das messianische Zeitalter, in dem der Krieg als Mittel der Auseinandersetzung verbannt sein wird. Allein schon ein Blick in die Geschichte zeigt, dass sich das Israel des Altertums in zahlreiche Kriege verwickelte. Damit ging aber keine besondere Wertschätzung des Krieges einher. Er galt als ein notwendiges Übel, und die Ausübung des Kriegshandwerks führte zum Ausschluss vom Teilen des religiösen Kults. Nach dem Verlust der Eigenstaatlichkeit im Jahre 70 unserer Zeit war das Judentum nicht mehr an gewaltsamen Konflikten zwischenstaatlicher Art beteiligt, und die Frage nach der Rechtfertigung eines Krieges stellte für die Rechtsgelehrten eine vornehmlich akademische Frage dar.

Dennoch ist die im Talmud entwickelte Position bemerkenswert. Demnach ist die Tötung des Feindes im Fall der Selbstverteidigung nicht als Mord einzustufen. Andere Stimmen meinen, die Tötung eines Feindes sei dann Mord, wenn auch eine Verstümmelung genügt hätte, diesen außer Gefecht zu setzen. Moderne Auslegungen des Religionsgesetzes knüpfen an diese Distanz zu Krieg und Gewalt an, wenn sie den Frieden für einen der höchsten Werte erachten und aufgrund der jüdischen Religion, Geschichte und Mission von jedem Gläubigen einen konsequenten Einsatz für den Frieden erwarten.

Tora

Die hervorragende Bedeutung des Friedens in der Tora, den fünf Büchern Moses, kommt im Priestersegen (Nummer 6,24 bis 26) für die Israeliten zum Ausdruck: „Der Ewige segne dich und behüte dich! Der Ewige lasse dir leuchten sein Antlitz und sei dir gnädig! Der Ewige wende sein Antlitz dir zu und gebe dir Frieden!“ In diesem Dreiklang der Steigerung beginnen die Segnungen im „Positiv“ mit dem persönlichen Wohl, dann kommt der „Komparativ“, das ist der gnadenvolle Umgang mit Gott und schließlich der „Superlativ“, das ist das Verleihen von göttlichem Frieden auf der Welt.

Talmud

So ist die von den Talmudrabbimern formulierte Bitte nach Frieden auf dieser Welt die letzte und damit höchste Bitte des 18-Bitt-Gebetes, des zentralen Gebetstextes im Morgen-, Nachmittag- und Abendgebet. Der Talmudweise Rabbi Eleasar sagt dazu: „Möge es Dein Wille sein, o Herr, unser Gott, Liebe, Brüderlichkeit, Frieden und Freundschaft in unserer Gemeinschaft wohnen zu lassen.“

Raw, ein anderer Talmudrabbiner, pflegte zu beten: „Möge es Dein Wille sein, o Herr, unser Gott, uns langes Leben zu verleihen, ein Leben des Friedens, ein Leben des Guten, ein Leben des Segens, ein Leben des Unterhalts, ein Leben der körperlichen Gesundheit, ein Leben voll Furcht vor der Sünde, ein Leben frei von Schmach und Schande.“ Im jüdischen Gebetbuch heißt es zu der Heiligkeit des Sabbat-Tages: „Du hast den Schabbat eingesetzt zu seiner Heiligung, dass er uns ein Tag der Ruhe und des Friedens, ein Tag der Sammlung und Erhebung sei.“ Am Abend betet der fromme Jude, wie es im Gebetbuch heißt: „Geleite uns in Frieden zur Ruhe.“

Krieg und Frieden

Im Judentum steht ein friedliches Zusammenleben aller Menschen an oberster Stelle. Der Talmud zählt den Frieden neben dem Recht und der Wahrheit zu den drei Eckpfeilern, auf denen die Welt ruhe. Welche Bedeutung dem Frieden beigemessen wird, lässt sich auch daraus erschließen, dass die jüdische Liturgie keine Gebetszeit oder Gottesdienst kennt, in dem nicht die Bitte um Frieden beinhaltet ist.

Im Talmud wird Raw Chana zitiert: „Wenn es Frieden gibt, sollen sie Wonne und Freude sein. Wenn es keinen Frieden gibt, Fasttage. Dies bedeutet, wenn Verfolgung herrscht, dann bleibt es beim Fasten. Wenn es aber weder Verfolgung noch Frieden gibt, so kann man nach Belieben fasten oder nicht fasten.“ Maimonides betont in seinen Entscheidungen zum Fasten, dass dabei das leibliche und seelische Gleichgewicht des Menschen im Vordergrund stehen soll, so wie die Tora sagt: „Jedoch hüte dich, hüte sehr deine Seele“ (Dtn4,9). Und Rabbi Josse befand schon um 150 unserer Zeit dazu: „Der Einzelne darf sich nicht durch Fasten quälen.“ Maimonides befand schließlich: „Ebenso wie die Gemeinschaft in ihrer Not fastet, so faste auch der Einzelne in seiner Bedrängnis.“ Er folgerte, dass die Fastentage im messianischen Zeitalter aufgehoben sein werden.

Mit Erlösung ist nicht die von Sünde und Schuld gemeint (anders als das Christentum kennt das Judentum keine Vorstellung von einer Erbsünde), sondern vielmehr eine Art nationale Befreiung und Friede (im Sinne von allumfassendes Heil) für alle Völker. Gott selbst wird nach Verwirklichung des Friedens König: „Und der Ewige wird König sein über die ganze Erde; an selbigem Tage wird der Ewige einzig und sein Name der Eine sein.“ (Sach14,9) ■



Das geheime Band zwischen Mensch und Natur

Erstaunliche Erkenntnisse über die 7 Sinne des Menschen, den Herzschlag der Bäume und die Frage, ob Pflanzen ein Bewusstsein haben.

Wie sehr sind wir überhaupt noch mit der Natur verbunden? Peter Wohlleben ist überzeugt: Das Band zwischen Mensch und Natur ist bis heute stark und intakt, auch wenn wir uns dessen nicht immer bewusst sind: Unser Blutdruck normalisiert sich in der Umgebung von Bäumen, die Farbe Grün beruhigt uns, der Wald schärft unsere Sinne, er lehrt uns zu riechen, hören, fühlen und zu sehen. Umgekehrt reagieren aber auch Pflanzen positiv auf menschliche Berührung. Anhand neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und seiner eigenen jahrzehntelangen Beobachtungen öffnet uns Peter Wohlleben die Augen für das verborgene Zusammenspiel von Mensch und Natur. Er entführt uns in einen wunderbaren Kosmos, in dem der Mensch nicht als überlegenes Wesen erscheint, sondern als ein Teil der Natur wie jede Pflanze, jedes Tier.

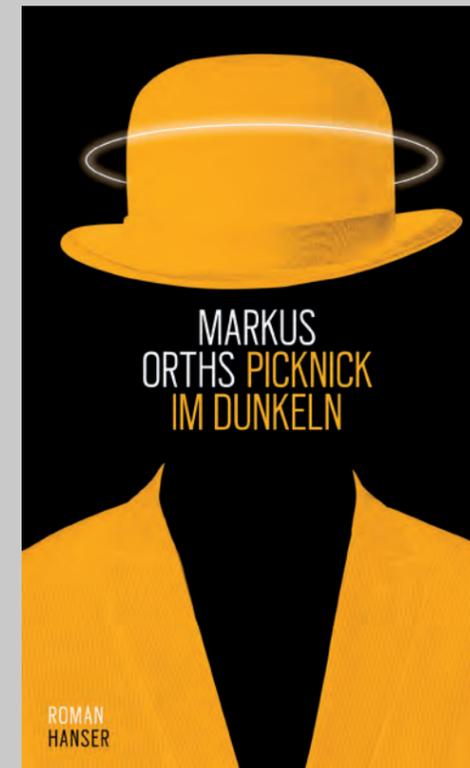
Peter Wohlleben
2019, 240 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 22 Euro
Ludwig Verlag
ISBN 9783453280953

Picknick im Dunkeln

Treffen sich Stan Laurel und Thomas von Aquin im Dunkeln ...

Eine unglaubliche, unerhörte Begegnung, die den Bogen spannt über 700 Jahre Weltgeschichte: Zwei Männer treffen sich in vollkommener Finsternis. Sie wollen ans Licht, unbedingt. Sie tasten sich voran, führen irrwitzige Gespräche und teilen die Erinnerungen an zwei haarsträubend unterschiedliche Leben. Die Männer? Stan Laurel und Thomas von Aquin. Der begnadete Komiker trifft auf den großen Denker des Mittelalters. Warum hier? Warum jetzt? Warum gerade sie beide? Genau dies müssen sie herausfinden, um endlich ans Licht zu gelangen. „Picknick im Dunkeln“ ist eine aufregende philosophische Reise, eine urkomische und todernte Geschichte über die großen Fragen des Lebens.

Markus Orths
2020, 236 Seiten, Gebundene Ausgabe, 22 Euro
Hanser Verlag
ISBN 9783446265707



Der König der Vagabunden

Gregor Gog und seine Bruderschaft

Stuttgart, Pfingsten 1929: Die Polizei errichtet Straßensperren, in der Stadt sind die Vorhängeschlösser ausverkauft. Gregor Gog (1891–1945), landesweit berühmt als der „König der Vagabunden“, trommelt die Tippelbrüder und Tippel-schwestern zum Internationalen Vagabundenkongress zusammen und ruft den „lebenslangen Generalstreik“ aus. Zwei Jahre zuvor gründete der ehemalige Matrose Gog die „Bruderschaft der Vagabunden“, um Obdachlosen zu helfen und sie politisch zu organisieren. Im gleichen Jahr veröffentlichte Gog mit „Der Kunde“ die erste Straßenzeitung Europas.

Zeitlebens kämpfte Gog gegen Ausbeutung, Faschismus und Rassismus. Der König der Vagabunden schildert das abenteuerliche und entbehrungsreiche Leben der Vagabunden in den 1920er Jahren und enthält viele O-Töne aus jener Zeit.

Ein Comic über Armut und Hoffnung, Freundschaft und Protest – und ein vergessenes Kapitel der Weimarer Republik.

Text: Patrick Spät
Zeichnung: Beatrice Davies
Veröffentlicht: Okt. 2019
Buch: 160 Seiten, schwarzweiß, Hardcover, 25 Euro
ISBN: 978-3-96445-015-9



Gott ist nicht nett

Ein Priester auf der Suche nach dem Sinn

Heiner Wilmer, Priester und Leiter einer Ordensgemeinschaft, hält inne und stellt sich die provozierende Frage: Was bringt mir Jesus? „Manchmal kann man all das, was über Jesus gesagt wird, nicht mehr hören. Ich weiß das sehr gut. Ich bin Priester. Ich höre meine eigenen Predigten schließlich jeden Sonntag und merke, wie ich Floskeln und Palaver irgendwohin, in den Himmel, in die Dunkelheit, schicke.“

Ein Priester fragt nach seinem Glauben und buchstabiert die Fragen unserer Zeit anhand eines uralten Gebetes („Anima Christi“) auf der Suche nach tragfähigen Antworten.

Heiner Wilmer
Verlag Herder
2. Auflage 2018
Buch: 208 Seiten, kartoniert, 12,99 Euro
ISBN: 978-3-451-06534-7

ZEITGEIST

Frauen im Krieg Über die Anfänge des Frauenfußballs in Deutschland

Als Deutschland 1981 erstmals Weltmeister im Frauenfußball wurde, war der Sport für den Fußballweltverband FIFA noch kein Thema. Deshalb ging eine deutsche Nationalmannschaft auch nicht wirklich an den Start, weil es sie schlicht nicht gab.

Da die Veranstalter aber unbedingt Vertreterinnen der großen Fußballnation Deutschland dabei haben wollten, schickte man schließlich und auch etwas widerwillig das Team des amtierenden deutschen Meisters SSG 09 Bergisch Gladbach nach Fernost. Wobei „schicken“ schon wieder übertrieben ist! Eher erlaubte der Verband den Frauen die Reise, beteiligte sich aber ansonsten in keiner Weise an der Expedition. Die Kosten hatten die Spielerinnen und der Verein aus dem Kölner Umland selbst zu tragen.

Wenn die damals beteiligten Kickerinnen heute erzählen, wie sie ihrerzeit in Kaufhäusern Autogrammstunden gaben, Sponsoren suchten oder in Fußgängerzonen Waffeln verkauften, um die Reise finanzieren zu können, ist das mehr als grotesk, auch aus heutiger Sicht noch, wie jetzt ein Dokumentarfilm über die Anfänge des Frauenfußballs in Deutschland zeigt.

Dazu gehört, dass es Frauen bis 1970 verboten war, in Vereinsmannschaften zu spielen. Den Beschluss hatten die Fußballfunktionäre 1955, ein Jahr nach dem „Wunder von Bern“, gefasst. Klubs, die es trotz des Verbotes wagten, ein Frauenteam aufzunehmen, drohte der DFB bis 1970 mit Lizenzentzug und Ausschluss der Männermannschaften vom Spielbetrieb.

Also nahmen die Mädchen und jungen Frauen die Sache selbst in die Hand, gründeten Thekenmannschaften und veranstalteten Turniere. Und als die Herren des DFB endlich ein Einsehen hatten, waren es oft Mannschaften aus vergleichsweise kleinen Orten, die für Furore sorgten, weil die großen, etablierten Vereine sich weiterhin eher um das Geschäft mit ihren männlichen Bundesligakickern kümmerten. So konnte es passieren, dass der Klub aus Bergisch Gladbach die dominierende Truppe im Frauenfußball mit neun Meistertiteln werden konnte. Einige der Spielerinnen erinnern sich im Film

an die Erfolge, aber vor allem an die Probleme, denen sie sich damals gegenübersehen. Mal amüsiert, mal verärgert erzählen sie von den Steinen, die ihnen der DFB in den Weg gelegt hat.

Um die Anerkennung der Medien war es kaum besser bestellt. Das Archivmaterial, das Filmemacher John David Seidler zusammengetragen hat, dürfte jüngere Zuschauer ebenso erheitern wie sprachlos machen. Da erklärt ein DFB-Funktionär, dass Frauen doch „am Kochherd besser aufgehoben“ seien. Sepp Herberger konstatiert, der Kampfsport Fußball sei für Frauen nicht geeignet. Und „Sportschau“-Legende Ernst Huberty verkündete noch in den 1970er Jahren, es gäbe „hübschere Sportarten für Frauen“. Zudem hätten Ärzte bei klickenden Damen „bereits leichte muskuläre Deformierungen“ festgestellt.

Auf den Einwurf, die gebe es aber doch auch bei männlichen Kickern, erklärt Huberty unverhohlen sexistisch: „Schon, aber da der Frauenkörper doch mehr begehrt ist als der von Männern, ist es für sie schlechter.“ WDR-Kollege Dieter Thoma stand ihm in nichts nach, als er von den Spielerinnen aus Bergisch Gladbach glucksend wissen wollte, wie es denn im Frauenfußball um das Stoppen des Balls mit der Brust bestellt sei.

Aus naheliegenden Gründen tut sich der Film mit Bewegtbildern kickender Frauen aus den Archiven eher schwer. Da die Medien dem Spielgeschehen kaum Beachtung schenken, müssen vielfach verwackelte Amateuraufnahmen oder Schnapshots aus privaten Fotoalben als Belege herhalten, wobei es sich oft um nicht näher identifizierbares Material handelt, in dem irgendwelche Frauen bei irgendwelchen Spielen dem Ball nachjagen.

Und selbst die (chinesischen) TV-Bilder vom Turnier in Taipeh sind so grobkörnig, dass der entscheidende Treffer im Endspiel gegen die Niederlande eher zu erraten denn zu sehen ist, was dem Unterhaltungswert und der Brisanz dieses unkommentierten Dokumentarfilms aber letztlich kaum etwas nimm. ■

Die Redaktion empfiehlt:

DAS WUNDER VON TAIPEH
Dokumentarfilm | D | 2019

VORSCHAU

HEFT 306
kommt im Juni 2020

Im nächsten Heft:

„Frieden & Gerechtigkeit“

Foto: Pixabay

IN DER NÄCHSTEN AUSGABE:

DIE TRILOGIE: (305 bis 307)
Der **FRIEDENSBEGRIFF** in den drei großen Buchreligionen

WAS IST DIE AFRIKASTRATEGIE EUROPAS?

**FRAUEN ALS AKTEURINNEN
WIRTSCHAFTLICHER UND SOZIALER
ENTWICKLUNGEN**

Themenvorschläge zum Titelthema der nächsten Ausgabe nimmt die Redaktion des AUFTRAG gern bis zum **30. April 2020** entgegen.

IMPRESSUM

AUFTRAG ist die Verbandszeitschrift der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie erscheint dreimal im Jahr.

HERAUSGEBER:
GKS, Am Weidendamm 2, 10117 Berlin
www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de

REDAKTION:
Verantwortliche Redakteurin:
Nadin Schley V. i. S. d. P.

TITELFOTO:
Shutterstock

ZUSCHRIFTEN:
Redaktion AUFTRAG
Am Weidendamm 2
10117 Berlin
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe.

ÜBERWEISUNGEN UND SPENDEN:
GKS e. V. Berlin, Pax Bank eG Köln
IBAN: DE21 3706 0193 1017 4950 18
BIC: GENODED1PAX

LAYOUT:
Editorial Publishing Berlin e. K.
Eberhard-Roters-Platz 14
10965 Berlin

DRUCK:
DBM Druckhaus Berlin-Mitte GmbH
Wilhelm-Kabus-Str. 21-35
10829 Berlin

REDAKTIONSSCHLUSS:
10. Februar 2020